

Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler



Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen für die Demokratie

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2017

OBS-Arbeitspapier 27

OBS-Arbeitspapier 27

ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

Internet: www.otto-brenner-stiftung.de

Autoren:

Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler

Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung Universität Leipzig

Philipp-Rosenthal-Straße 55

04103 Leipzig

E-Mail: oliver.decker@medizin.uni-leipzig.de

Redaktion:

Benedikt Linden (OBS)

Satz und Gestaltung:

complot-mainz.de

Lektorat:

Elke Habicht, M.A.

www.textfeile.de

Bildnachweis Titelgrafik:

picture alliance/Jochen Eckel

Redaktionsschluss:

8. September 2017

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt. Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Sinkende Printauflagen, Einbrüche bei den Werbeerlösen, redaktionelle Einschnitte, personeller Abbau – so lauten nur einige der Stichworte, mit denen die Situation der Medien der vergangenen Jahre beschrieben wurde. Dahinter stehen ökonomische Krisen in der Medienlandschaft und neue Herausforderungen durch soziale Medien und digitalen Wandel. Viele der Probleme dauern an, doch wird der mediale Diskurs inzwischen von anderen Schwerpunkten überlagert.

Derzeit geht es vordringlich um die Glaubwürdigkeitskrise, um Vertrauensverlust, Lügenpresse und Fake News, um eine angeblich abgehobene Journalistenkaste als mediales Sprachrohr und unkritischer Erfüllungsgehilfe für Eliten und Establishment. Aber nicht nur ein Themenwandel im medialen Diskurs ist zu konstatieren. Beobachter und viele in den Medien Tätige sind von der Wucht und dem Ausmaß der gegenwärtigen Kritik überwältigt. In sozialen Netzwerken, Kommentarspalten und Leserbriefen schlägt Medienmachern eine Welle oftmals beleidigend und aggressiv vorgebrachter Ablehnung entgegen. Die Eindeutigkeit der meisten Äußerungen legt es nahe, von einer tiefen Krise zu sprechen. Für das Medienmagazin *Zapp* steht gar fest: „Das Gefühl, den Medien nicht (mehr) vertrauen zu können, ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen.“

Betrachtet man die Daten einiger wissenschaftlicher Analysen, zeigt sich schnell, dass empirische Befunde weniger eindeutig sind, als der Ton der öffentlichen Debatten vermuten lässt. Stellen doch einige Studien einen Anstieg des Vertrauens in die klassischen Medien fest – und auch unsere Untersuchung weist nach, dass die meisten Menschen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Tageszeitungen durchaus grundsätzliche Glaubwürdigkeit zugestehen. Angesichts dieser Lage zeigte sich das Fachblatt *MediumMagazin* kürzlich fast resigniert: „Wir wissen trotz aller vorliegenden Zahlen nicht genau, inwieweit das Vertrauen in die klassischen Medien in den letzten Jahren tatsächlich gesunken oder gestiegen ist.“

Gesichert erscheint lediglich, dass sich die Haltungen der Nutzer polarisieren: Hohes Vertrauen und tiefes Misstrauen steigen gleichzeitig an, während unentschiedene Haltungen deutlich abnehmen. Gibt es also Anlass zur Entwarnung, weil von einer Vertrauenskrise der klassischen Medien „keine Rede“ (Meinungsforschungsinstitut Allensbach) sein kann, oder ist die Öffentlichkeit gar einem „Mythos vom Vertrauensverlust“ aufgesessen?

Die Otto Brenner Stiftung rät von einem frühzeitigen Aufatmen ab und möchte die Diskussion um eine bisher zu wenig beachtete Perspektive erweitern. So wichtig die exakte Feststellung der Zu- oder Abnahme des Vertrauens auch ist: Die gesellschaftlichen Folgen eines verfestigten Misstrauens gegenüber der Medienberichterstattung in einem relevanten Teil der Bevölkerung reichen weit über das Mediensystem hinaus. Diese Ausgangslage war für uns Anlass, mit der

vorliegenden Untersuchung die Wechselwirkung zwischen dem Medienvertrauen und dem Vertrauen in wichtige demokratische Institutionen und Werte unserer Gesellschaft zu beleuchten. Wir freuen uns, mit Prof. Oliver Decker und seinen Kollegen ein nicht nur aufgrund der Leipziger „Mitte“-Studien renommiertes Autorenteam für diese Untersuchung gewonnen zu haben.

Ihre Ergebnisse bestätigen, dass es keinen Anlass zur Entwarnung gibt. Die Autoren stellen einen starken Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Medien – besonders von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, Tageszeitungen und privatem Rundfunk – und der Zufriedenheit mit der verfassungsrechtlichen Norm und dem realen Funktionieren der Demokratie in Deutschland fest. Auch das Vertrauen in Parteien, Parlament, Regierung und Justiz ist eng an das Medienvertrauen gekoppelt. Entsprechend verschärfen sich beide Problematiken gegenseitig. In der OBS-Untersuchung lässt sich hinsichtlich der Entwicklungen der gesellschaftlichen Milieus und des Medienvertrauens eine grobe Parallelität der Polarisierungen erkennen. Hatte die Leipziger „Mitte“-Studie 2016 festgestellt, dass die demokratischen Milieus unserer Gesellschaft wachsen, während sich ihre autoritären Pendanten radikalieren, so kann die vorliegende Studie nunmehr zeigen, dass Erstere dabei von hohem Medienvertrauen geprägt sind, während bei Letzteren ein tiefes Misstrauen vorherrscht. Eine Abwendung von der repräsentativen Demokratie findet in diesen Milieus somit nicht nur auf der Ebene der gesellschaftlichen Werte statt, sondern weitet sich auch auf die Teilhabe an der Öffentlichkeit aus.

Mit dem Aufstieg des Internets als Informationsquelle beschleunigt sich der Strukturwandel der Öffentlichkeit und könnte, so die Ergebnisse der Forscher, zukünftig die Bildung des für die repräsentative Demokratie so wichtigen Vertrauens in die grundlegenden demokratischen Institutionen weiter erschweren. Der Prozentsatz derjenigen, die die demokratische Verfassung und die real funktionierende Demokratie ablehnen, ist unter Personen, die sich ausschließlich im Internet informieren, besonders hoch. Zusätzlich geht knapp ein Drittel derselben Personengruppe nicht mehr zur Wahl und verweigert sich somit einem zentralen Akt der repräsentativen Demokratie. Unter den Parteien erzielt bei ihnen die AfD die höchsten Zustimmungswerte – eine Partei, die sich durch ihre Verächtlichmachung kompromiss- und dialogorientierter Politik auszeichnet und sich bemüht zeigt, aggressive Medienschetle zu einem neuen Breitensport zu profilieren.

Mit unserer Untersuchung wollen wir auf die mit diesen Befunden verbundenen Herausforderungen hinweisen. Ziel muss es bleiben, möglichst viele Individuen und Milieus in eine dialogische Öffentlichkeit zu integrieren.


Jupp Legrand
Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im September 2017

Inhalt

1	Einleitung	6
2	Öffentliches Vertrauen und Glaubwürdigkeit: Theoretische Ansätze	9
2.1	Polarisierung des medialen und gesellschaftlichen Vertrauens.....	9
2.2	Das Internet als Faktor des Strukturwandels der Öffentlichkeit	12
3	Zwischen Echokammer, Glaubwürdigkeit und Polarisierung: Die empirische Analyse.....	16
3.1	Mediennutzung, (Un-)Glaubwürdigkeit und ihre Ursachen:	
	Ein erstes deskriptives Bild	17
3.1.1	Mediennutzung in Deutschland: Wer nutzt welche Medien?.....	17
3.1.2	Medienglaubwürdigkeit: Wer glaubt welchen Medien?	21
3.1.3	Ursachen der (mangelnden) Medienglaubwürdigkeit	28
3.2	Die Echokammer und ihre Folgen.....	34
3.3	Polarisierung der Öffentlichkeit: Glaubwürdigkeit der Medien und öffentliches Vertrauen in verschiedenen Milieus	39
4	Diskussion und Schlussfolgerungen	49
	Anhang	
	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis.....	56
	Literatur.....	58
	Über die Autoren	60

1 Einleitung

„Lügenpresse“! Als die Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) im Herbst 2014 in Dresden begannen, waren es gleichsam Schweigemärsche. Die versammelten Bürgerinnen und Bürger verweigerten das Gespräch. Was aber den Journalist*innen entgegenschallte, wenn sie über die Demonstrationen berichten wollten, war immer der gleiche Vorwurf: Sie seien Lügner*innen. Durch diese Demonstrationen, begleitet auch von massiver körperlicher Bedrohung und Angriffen, waren die Vertreter*innen der Medien – ob Fernsehen, Radio oder Zeitungen – stark verunsichert.

Die in Teilen offen rechtsextreme Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) nutzte diese Stimmung. Sie setzt selbst oft genug auf die rechtspopulistische Entgegensetzung von „oben“ und „unten“¹ und stellt die „korrupten Eliten“ dem „verratenen“, ethnisch homogenen „Volk“ gegenüber. Die Presse hat in diesem schwarz-weißen Weltbild ihren Platz bei den „Eliten“. Die ehemalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry und andere Repräsentant*innen sprechen deshalb gerne von „Pinocchio-Presse“ (die Figur Pinocchio ist Sinnbild für einen notorischen Lügner) und stoßen so ins gleiche Horn wie die Pegida-Demonstrant*innen. Die Glaubwürdigkeit der Medien scheint verspielt. Selbst Angehörige der „Eliten“ äußern sich im Sinne dieser Vorwürfe, der US-amerikanische Präsident Donald Trump benutzt den Begriff „Fake News“. Mit dieser englischen Version von „Lügenpresse“ machte er rechtspopulistischen Wahlkampf und wird nicht müde, diesen Vorwurf auch im Amt ständig zu wiederholen. Die Schlagworte „Fake News“, „Lügenpresse“ oder „Pinocchio-Presse“ bedienen das Ressentiment gegen Tageszeitungen, Fernsehen, Radio, kurz: die Medien. Der Vorwurf der „Lügenpresse“ machte innerhalb kürzester Zeit eine erstaunlich Karriere und ist heute in rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Milieus (Seidler 2016) fest verankert.

Dabei ist der Begriff nicht neu. Seine Wurzeln reichen in die deutsche Geschichte zurück. „Lügenpresse“ wurde lange vor Pegida, Ukraine-Krieg und Mahnwachen von organisierten Neonazis genutzt (so auch laut Verfassungsschutz, vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2016). „Lügenpresse“ ist ein politischer Kampfbegriff der extremen Rechten. Trotzdem erscheinen die Gründe für die Wirkmächtigkeit und Mobilisierungskraft, die der Begriff „Lügenpresse“ aktuell besitzt, unklar. Sicher ist, dass eine Reihe problematischer Tendenzen in der Medienlandschaft angeführt werden kann, die dessen Verwendung begünstigen: Konzentrationsprozesse, ein ex-

¹ Die von der AfD propagierte Entgegensetzung von „Volk“ und „Elite“ rechtfertigt es, diese als rechtspopulistische Partei zu bezeichnen. Weil der Rechtspopulismus als „thin-centered ideology“ (Mudde/Kaltwasser 2017: 6) vor allem an der „Aversion gegen die ‚Bevormundung‘ des Volkes durch die Funktionseliten“ (Priester 2012: 4) ansetzt, tritt er in Verbindung mit umfassenderen Ideologien (Faschismus, Rechtsextremismus) in Erscheinung. Auch das ist bei der AfD gegeben: Der Ethnozentrismus, teilweise offener Neonazismus und Rassismus von Exponenten der AfD genauso wie die autoritäre und antiegalitäre Orientierung sind Bestandteil einer rechtsextremen Ideologie. Es ist aus unserer Sicht daher notwendig, den Rechtspopulismus dieser Partei als Propagandaform der in Teilen rechtsextremen AfD zu begreifen und nicht als eigenständiges Merkmal.

tremer Kosten- und Zeitdruck auf Journalist*innen, das gleichzeitige Aufrüsten staatlicher und konzerneigener PR-Abteilungen sowie eine hohe soziale Nähe zwischen Journalist*innen und denjenigen, die sie als „vierte Macht“ kontrollieren sollten (Krüger 2013). All dies ist nicht von der Hand zu weisen und im Sinne einer demokratischen Öffentlichkeit höchst problematisch.² Geradezu gefährlich für die Demokratie ist jedoch die Entwicklung eines totalen – und damit über begründete Kritik hinausgehenden – Misstrauens in die Medien. Aus diesem Grunde beschäftigt sich die vorliegende Untersuchung mit den Ursachen, Folgen und verstärkenden Faktoren dieses Misstrauens sowie den Wechselwirkungen mit den Institutionen der demokratischen Gesellschaft, in der sie wirken.

Wie erwähnt, sprechen jedoch auch einige Gründe für eine notwendige kritische Auseinandersetzung mit den Medien. Im englischen Sprachraum ist für die Dominanz bestimmter Interessen in Teilen der medialen Öffentlichkeit sogar der Begriff der „Mainstream“-Medien reserviert worden. Er besagt nicht, dass es ein Mastermind der Manipulation gibt, aber er bezeichnet das Phänomen, dass bestimmte politische Interessen es leichter haben, quer durch verschiedene Medien (Fernsehen, Zeitungen, Radio) eine Vorrangstellung in der Öffentlichkeit zu bekommen. Aus diesem Grunde muss man konstatieren: Ob die Funktion der demokratischen Öffentlichkeit, welche die Medien übernehmen sollen, tatsächlich auch von ihnen erfüllt wird, ist nicht nur von Seiten Rechtsextremer in Zweifel gezogen worden. Die weniger schrill geäußerte Kritik an den „Mainstream“-Medien hält durchaus Argumente und Beispiele bereit, die die publizierte Öffentlichkeit in ihrem Vertretungs- und Artikulationsanspruch fragwürdig erscheinen lassen.

Die Berichterstattung während der Euro-Krise und über Griechenland kann hierfür ein Beispiel sein: Wochenlang übertrafen sich die Berichte darin, wahlweise die griechische Faulheit, Unehrllichkeit oder Unfähigkeit zu illustrieren. Insbesondere Finanzminister Yanis Varoufakis wurde zum Feindbild deutscher Interessen stilisiert. Das „Wir-gegen-die“ übertönte dauerhaft Versuche, die Auseinandersetzung über die Lösung der kurz- und langfristigen Refinanzierungsprobleme des griechischen Staates sachlich zu führen (Otto/Köhler/Baars 2016). Dabei stützte diese Art von Berichterstattung die (strukturell sowieso starke) Verhandlungsposition Deutschlands innerhalb der Euro-Gruppe. Kaum diskutiert wurden die Vorteile dieser Krise für Deutschland, inszenierte es sich doch erfolgreich als scheinbarer Stabilitätsgarant und damit als sicherer Anlageort für Kapital. Die sozialen Verwerfungen, die sinkende Lebenserwartung in Griechenland und andere Konsequenzen der bis heute durchgesetzten Austeritätspolitik für die Menschen (nicht nur in Griechenland) fanden in dieser Öffentlichkeit vergleichsweise wenig Raum.

² Andererseits werden, und genau dies unterschlägt der „Lügenpresse“-Diskurs, diese Dynamiken reflektiert, erforscht und kritisiert – auch von Journalist*innen und in den Medien selbst.

So spricht Ulrich Teusch – eingeständenermaßen als Journalist „zwischen allen Stühlen sitzend“ – von „Lückenpresse“, um das Phänomen zu benennen: „Jedes Medium ist notwendigerweise ein Lückenmedium – und jeder Journalist braucht Mut zur Lücke“ (Teusch 2016: 42). Kein Text kann alle Informationen, die man für sein Verständnis braucht, mitliefern. Er fände kein Ende. Es ist völlig klar: Von einer Tages- oder Wochenzeitung, von der Fernsehberichterstattung oder vom Radio zu erwarten, sie würden berichten, ohne auszuwählen, ist absurd. Das wäre, als würde man einen Straßenatlas im Verhältnis 1:1 drucken. Der Straßenatlas dient der Komplexitätsreduktion, er vereinfacht und überzeichnet zugleich die Straßen auf der Karte maßlos im Verhältnis zu den umgebenden geografischen Topografien – täte er es nicht, würde er seine Funktion nicht erfüllen. Ähnlich verhält es sich auch bei der Medienberichterstattung. Würde sie nicht vieles weglassen, reduzieren, Zusammenhänge akzentuieren – sie wäre an ihrer Aufgabe grandios gescheitert. Damit diese Reduktion jedoch nicht einseitig gerät, brauchen Medien als korrigierendes Gegenüber stets eine kritische Öffentlichkeit – so stimmt es, worauf der Medienwissenschaftler Jörg Becker im Gespräch mit Teusch hinwies: Soziale Bewegungen und eine politische Öffentlichkeit stärken auch die Position von Journalisten, sich unabhängiger vom „Mainstream“ machen zu können (Teusch 2016: 180). Die Rezipient*innen sind selbst gefordert.

Gleichwohl scheint nicht die kritische Öffentlichkeit, sondern scheinen lautstarke und meist rechtsextreme Vorwürfe der „Lügenpresse“ derzeit Konjunktur zu haben. Ein Umstand ist in diesem Kontext dann umso überraschender: Werden empirische Untersuchungen durchgeführt, so zeigt sich keinesfalls ein allgemeiner Glaubwürdigkeitsverlust der Medien. Diese genießen eine stabile Anerkennung. Im Auftrag der Europäischen Union wird seit 2000 das Vertrauen in die Presse untersucht, und in der jüngsten Untersuchung zeigte sich, dass mit 55,7 Prozent der Bevölkerung so viele Menschen wie noch nie den Medien vertrauen. Dem stehen 38,8 Prozent gegenüber, die den Medien misstrauen. Das ist der höchste Vertrauensvorsprung seit Beginn der Untersuchung (EJO 2017). Dieser Befund wird durch andere Untersuchungen gestützt: Bereits in einem Gastbeitrag in der Berliner Tageszeitung *Der Tagesspiegel* haben die Kommunikationswissenschaftler*innen Carsten Reinmann und Nayla Fawzi darauf hingewiesen, dass seit den 1990er Jahren das Vertrauen in die Medien zwar gewissen Schwankungen unterworfen ist. Bei allem Auf und Ab sei die Wahrnehmung der Medien vor allem aber durch einen konstanten Vertrauensgewinn gekennzeichnet, der – Pegida hin, AfD her – in den letzten Jahren auch nicht abgeschmolzen sei (Der Tagesspiegel 2016). Auch in der Leipziger „Mitte“-Studie 2016 zeigt sich: Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen und politischen Institutionen (Parteien, Bundesregierung, Gerichten etc.), genießen der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Tageszeitungen mit das höchste Vertrauen (Decker et al. 2016: 60). Es stellt sich also zunächst die Frage: Ist alles halb so schlimm mit dem Gerede von der Lügenpresse, von Vertrauensverlust und einer Gefahr für die Demokratie?

2 Öffentliches Vertrauen und Glaubwürdigkeit: Theoretische Ansätze

Bei näherer Betrachtung lässt sich feststellen: Grund zur Entwarnung gibt dieser Befund nicht. Es zeigt sich zwar ein weithin hohes Vertrauen in die Medien. Aber es scheint gleichzeitig eben bei einem Teil der Bevölkerung auch ein fundamentales Misstrauen zu geben. In der Leipziger „Mitte“-Studie 2016 wurde von uns eine politische Polarisierung und Radikalisierung rechtsautoritärer Milieus festgestellt. Zeigt sich diese Spaltung der Gesellschaft nun auch mit Blick auf die Glaubwürdigkeit der Medien? Die Mainzer Medienwissenschaftler Oliver Quiring und Tanjev Schultz finden klare Hinweise für diesen Verdacht und bringen es knapp auf den Punkt: „Vertrauen in die Medien steigt massiv an – das Misstrauen aber ebenso“ (Meedia 2017). Es gibt viele Argumente, die für eine Verbindung von Glaubwürdigkeitsverlusten der Medien und Vertrauensverlusten demokratischer Institutionen sprechen (siehe Kapitel 2.1). Gegen eine Entwarnung spricht zudem der jüngste Strukturwandel der Öffentlichkeit: die Präsenz des Internets und der Wandel im Internet der sozialen Medien. Er führt zu einem deutlichen Mehr an Informationen und einem ebenso deutlichen Weniger der Qualität medial konsumierbarer Beiträge. Noch ist nicht absehbar, welche Folgen dieser Wandel für die politische Öffentlichkeit haben wird – vieles spricht jedoch für eine zunehmend skeptische Haltung (siehe Kapitel 2.2). Dies führt zu den beiden Punkten, die in dieser Untersuchung im Fokus stehen sollen.

2.1 Polarisierung des medialen und gesellschaftlichen Vertrauens

Zunächst zur politischen Polarisierung: Einerseits steigt nach Ansicht weiter Teile der Bevölkerung die Glaubwürdigkeit der Medien, andererseits finden sich Menschen, die ihnen nicht länger Glauben schenken. Diese Tendenz ist nicht losgelöst von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Denn die plurale Gesellschaft lebt, kurz gesagt, von der „Offenlegung vorhandener Informationen und [der] Herstellung von Transparenz über die aktuellen Verfahrensschritte und anstehenden Entscheidungen“ (Becker/Stadelmaier 2013: 206). Diese Anforderung erfüllen – neben anderen Institutionen – auch die Medien, unter anderem durch die oben erwähnte und mit der Metapher der Landkarte illustrierte Aufgabe, Komplexität zu reduzieren. Um für Orientierung im politischen Raum zu sorgen, ist Glaubwürdigkeit jedoch eine notwendige Voraussetzung. Schon in den 1960er Jahren stellte der Soziologe Niklas Luhmann fest: „Die gesellschaftlich verfügbare Komplexität ist überwältigend groß. Der einzelne kann sie daher nur nutzen, wenn sie ihm in schon reduzierter, vereinfachter, zurechtgemachter Form angelie-

fert wird. Er muß, mit anderen Worten, sich auf fremde Informationsverarbeitung stützen und verlassen können“ (Luhmann 1968: 68). Die Medien spielen deshalb in der demokratischen Gesellschaft eine zentrale Rolle, nicht nur, weil sie die Information sicherstellen, die schließlich die Voraussetzung für die demokratische Beteiligung ist. Sie schaffen im selben Moment Vertrauen in das demokratische Gemeinwesen. In Anlehnung an Luhmann nannte das der Leipziger Medienwissenschaftler Bentele „öffentliches Vertrauen“ (Bentele 1998: 308). Beides – Glaubwürdigkeit der Medien und öffentliches Vertrauen – ist aber ein fragiles Gut.

Da die vermittelten Informationen, wie erwähnt, immer schon reduziert sind, setzt der Konsum von Medien – der Vertrauen in die demokratischen Institutionen schafft – selbst stets auch einen Glaubwürdigkeitskredit voraus: Der Zeitungsleser oder die Radiohörer*in muss glauben, was er liest oder sie hört, gerade weil beide nur „vage Teileinsichten in die gegebene ‚Wissensgrundlage‘“ haben (Giddens 1990: 40). Mediale Öffentlichkeiten sind „Zugangspunkte“ zur Politik und zu den anderen Institutionen der Gesellschaft (ebd.: 113), wie es der Soziologe Anthony Giddens nannte. Sie gestatten es Menschen ohne oder mit nur eingeschränkter Fachkenntnis, Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen aufzubauen und zu wahren. Schlägt die Rückversicherung des Vertrauens fehl, weil der Bericht*er nicht glaubwürdig ist, dann hat dies weiterreichende Folgen. „Das Ergebnis ist, daß das Vertrauen in den Anderen als zuverlässigen und fähigen Akteur nachläßt, während sich ein Strom von existentiellen Ängsten ausbreitet, der die Form von Gefühlen der Kränkung, der Bestürzung und des Verratenseins annimmt, die ihrerseits mit Argwohn und Feindseligkeit einhergehen“ (ebd.: 125). Was Giddens vor mehr als 25 Jahren beschrieb, passt vermutlich oftmals zur Stimmungslage jener Teile der Bevölkerung heute, die sich mit den „Lügenpresse“-Ruf*ern identifizieren. Seine Theorie konstatiert also einen engen, wechselseitigen Zusammenhang zwischen fehlender Glaubwürdigkeit der Medien und einem weitreichenden Vertrauensdefizit gegenüber den Institutionen der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Dies erklärt, warum die rechtspopulistische Logik der „Lügenpresse“-Rufe meist auch die Politiker*innen, Wissenschaftler*innen und überhaupt die Repräsentanten des gesellschaftlichen Systems mit einbezieht. Die skizzierte wachsende Polarisierung gegenüber den Medien ist somit ein Problem, egal ob dieses Glaubwürdigkeitsdefizit einen kleinen oder einen großen Teil der Bevölkerung erfasst: Die „Lügenpresse“-Rufe gehen in ihren Konsequenzen weit über das Mediensystem hinaus. In der vorliegenden Arbeit soll deswegen, wie eingangs erwähnt, der Zusammenhang zwischen dem Misstrauen gegenüber den Medien und dem Vertrauensverlust in die bundesrepublikanischen Institutionen näher beleuchtet werden.

Dabei soll auch analysiert werden, was diesen Vertrauensverlust begünstigt. Hier gibt die Theorie des autoritären Charakters die Suchrichtung vor. Die Reaktionen, die Giddens (1990) bei Vertrauensverlust prognostizierte und die die Pegida-Demonstrant*innen zeigen, stellen

klassische Kennzeichen eines autoritären Charakters dar: Wut und Verachtung, die Aggression gegenüber Anderen und der argwöhnische Verdacht, es seien geheime Mächte im Spiel, die die Medien wie auch die Politik dominierten. In dieser Reaktion zeigt sich jedoch auch, dass noch etwas anderes als die aktuelle politische Lage die Wahrnehmung von Medien und das öffentliche Vertrauen bestimmt. Entscheidend ist, wie bis dahin das Einverständnis mit den politischen Verhältnissen hergestellt wurde. Die Sozialisation der Individuen, ob früh in der Kindheit oder später im alltäglichen Umgang, besteht aus der Gesamtheit der gemachten Erfahrungen; dies gilt auch für den politischen Bereich. Solche Erfahrungen prägen dann auch die Persönlichkeitseigenschaften der Menschen. Werden solche Eigenschaften von vielen geteilt, bilden sie einen Resonanzraum für aktuelle gesellschaftliche Erschütterungen. Wenn Akzeptanz für die gesellschaftliche Ordnung durch Unterordnung unter eine Autorität zustande kommt, so ist dies eines der Kennzeichen eines autoritären Charakters. Besagte Autorität kann eine Führergestalt sein, aber auch ein Prinzip, wie etwa der Primat einer starken nationalen Wirtschaft (Decker 2016). Entscheiden Macht und Stärke wesentlich über den sozialen Umgang in einem Milieu und treffen diese beim Individuum auf die Bereitschaft, sich einer solchen Logik zu unterwerfen, dann spricht die Forschung vom autoritären Charakter.

Bereits in den 1960er Jahren wurde in den Untersuchungen zum öffentlichen Vertrauen deutlich: Wer autoritär orientiert ist, reagiert in unklaren sozialen Situationen nicht nur mit Wut und Aggression, sondern auch mit einem rapiden Vertrauensverlust. Denn bereits vor politischen Umbrüchen gilt in autoritären Milieus als sicher, dass man anderen misstrauen muss. Wer bereit ist, sein Gegenüber zu benachteiligen und Starke gegen Schwächere auszuspielen, der erwartet auch von anderen nichts Besseres. So wird die Verschwörung zur einzig möglichen Erklärung, wenn Konflikte oder Bedrohungen wahrgenommen werden (Deutsch 1960: 139).

Und so ganz falsch lägen die autoritären Milieus damit nicht einmal. Nur richtet sich die Wut auf den Boten, die Medien, oder gegen die Schwächsten und jene Instanzen, die sie schützen. Sie richtet sich aber keinesfalls gegen die Autorität, deren Legitimation doch eigentlich erschüttert wurde. Das zeigt an, worum es bei der autoritären Dynamik geht. Das Ressentiment resultiert nicht nur aus der Sorge, verraten und verkauft worden zu sein, sondern vielmehr aus dem heimlichen Einverständnis mit der eigenen Entrechtung durch eine Autorität. Solange die Identifikation mit der Autorität gelingt und die Teilhabe an ihrer Macht besteht, geht die Rechnung für den autoritären Charakter auf und er begegnet den Institutionen mit Vertrauen. Wenn nicht, dann wird mehr sichtbar als nur individuelle Wut über einen Betrug – es zeigt sich die Angst der Individuen, die keinen autonomen Charakter herausgebildet haben, vor der eigenen Orientierungslosigkeit, und es zeigt sich die Wut über die eigene, nicht entschädigte Unterwerfung unter eine Autorität. Darüber hinaus lässt die Verbindung von öffentlichem Vertrauen und Glaubwürdigkeit der Medien bei Luhmann jedoch einen wichtigen Punkt außer Acht. Beide

sind wechselseitig aufeinander bezogen. Wer den politischen Instanzen vertraut, neigt auch dazu, den Medien zu glauben. Ist aber erst einmal eine Seite erschüttert, geht auch die andere ihres Kredits verlustig.

Und so wird beim autoritären Individuum sichtbar, was Luhmann gar nicht erst in den Blick nahm: Vertrauen ist leicht zu erschüttern, und die Glaubwürdigkeit fragil, da das soziale Miteinander unserer Gesellschaft auch im Normalbetrieb immer schon bis zu einem gewissen Maß auf Konkurrenz und drohender Übervorteilung basiert – in den sozialen Extremfällen der autoritären Reaktion wird dies nur besonders sichtbar. Parlament und Medien sind ja demokratische Instrumente, weil das Wissen um die unterschiedlichen Interessen besteht und für einen institutionalisierten Ausgleich gesorgt werden soll. Das bedeutet aber, dass vermittelt werden muss, weil die Interessen in Konkurrenz miteinander stehen und kaum gemeinsam artikuliert werden. Ohne Vermittlungsinstanzen setzt sich tendenziell immer das stärkere Einzelinteresse durch. Hier laboriert die demokratische Gesellschaft an einem inneren Widerspruch, den sie nicht loswird, sondern nur abfedern kann. Diese Selbstverständlichkeit in Erinnerung zu rufen ist notwendig, denn so gut der Versuch ist, eine Lösung für die Konkurrenz von Interessen zu suchen: Die Konkurrenz selbst als gesellschaftlich so wirkmächtiges Prinzip hat sehr viel mit der Logik der Marktgesellschaft zu tun. In ihr ist es Alltag, die eigenen Interessen auf Kosten der anderen durchzusetzen. Und je mehr sich der Markt als Ordnungsprinzip über alle gesellschaftlichen Bereiche hinweg durchsetzt, umso stärker bräuchte es Vermittlungsinstanzen. Der Idealfall der Aushandlung zwischen Gleichen ist also keinesfalls der Regelfall der Demokratie, sondern muss sich immer wieder in einer Realität behaupten, in der es der Stärkere leichter hat, seine Interessen durchzusetzen. Wie stark die Glaubwürdigkeit der Medien und das öffentliche Vertrauen ist, zeigt an, auf welche Ressourcen eine demokratische Gesellschaft auch in Krisenzeiten zurückgreifen kann.

2.2 Das Internet als Faktor des Strukturwandels der Öffentlichkeit

Der Ort, an dem sich der Argwohn gegenüber den Medien alltäglich äußert, ist neben der Straße auch das Internet. In Blogs und Kommentarspalten der Zeitungen oder in Facebook-Gruppen finden die Leute Foren, in denen die Feindseligkeit Raum bekommt und kaum zu übersehende Wut und Verachtung oft die Diskussion bestimmen. Das führt zum zweiten Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung. Die Rede ist vom Internet als Echokammer, als Ort, wo man sich der Zustimmung anderer zur eigenen Ansicht rückversichert, oft genug auch zu eigenen Resentiments und autoritären Aggressionen. Giddens wies mit Blick auf die Medien darauf hin, dass „[ö]ffentliche Kritik als Überprüfung [...] Lieferant des Grundes für Vertrauen“ ist (Giddens

1990: 42). Ohne kritische Medienrezeption geht es nicht – ohne die Anerkennung der Vielfalt von Positionen aber auch nicht. Den Austausch nur noch mit jenen zu suchen und zu finden, die sowieso schon der gleichen Meinung sind, hat mit kritischer Öffentlichkeit nicht das Geringste zu tun. Und mit dem Aufstieg der Echokammer hat ein erstaunlicher Wandel eingesetzt. Wurde vor einigen Jahren mit dem Internet noch die Hoffnung auf „liquid democracy“ und eine Stärkung der direkten Demokratie verbunden, schlägt diese Hoffnung nun in eine Bedrohung um. Ein Strukturwandel der Öffentlichkeit ganz eigener Art scheint sich in den letzten zehn Jahren durchgesetzt zu haben. So stellt die *Süddeutsche Zeitung* nach einer Netzwerkanalyse auf Facebook fest, dass sich deutliche Distanzen zwischen Netzwerken rechtsautoritärer Gruppen und denen anderer Gruppen und Seiten finden lassen (SZ 2017). Es wird zwar viel geteilt, aber gerade in den rechtsautoritären Netzwerken sehr häufig nur mit der eigenen Gruppe und nur das, was die eigene Position bestätigt. Wie dieses Beispiel zeigt, verändert die Struktur des Internets also die mediale Öffentlichkeit.

Ein solcher Strukturwandel wurde schon einmal diagnostiziert: In den 1960er Jahren beschrieb der Sozialphilosoph Jürgen Habermas eine fortschreitende Unfähigkeit, zwischen öffentlichen und privaten Interessen zu unterscheiden (Habermas 1962). Das hatte Konsequenzen. Mit der Unfähigkeit, eigene Interessen zu artikulieren, sank auch die Fähigkeit, überhaupt die Vielfalt von Interessen als Bedingung der Demokratie zu sehen. Sichtbarste Erscheinung dieses Strukturwandels schien damals das Fernsehen zu sein. In dessen Begleitung, so die Analyse, setzte sich eine Machtverschiebung zu Ungunsten weiter Teile der Bevölkerung durch. Das Fernsehen ist ein Medium, das viel mehr auf das Bild setzt als auf Argumentation oder Wort. Die Art und Weise, wie Nachrichten überbracht werden – als Text, als Bild oder als Film –, bleibt dabei nicht ohne Einfluss auf ihre Wirkung. Es gilt für das bewegte Bild im Fernsehen, was Bertolt Brecht lange vorher über Bilder sagte: Das Foto einer Fabrik zeigt beinahe nichts von Herrschaft oder Ausbeutung, die in ihr stattfindet (Brecht 1931/31: 469). Bild und Film muss man wie einen Nachrichtentext „lesen“ können. Dabei hat das Bild eine eigentümliche Wirkung: Es scheint trotzdem auf den ersten Blick zu belegen, was wirklich stattgefunden hat. Ist Komplexitätsreduktion die Aufgabe der Medien, so drohte bereits das Fernsehen, immer über das Ziel hinauszuschießen. Obwohl das Bild nie die Sache selbst darstellte, imponierte es doch als Beglaubigung, denn kaum über den Bildschirm geflimmert, entsteht der Eindruck: So und nicht anders sei es gewesen.

Bilder manipulieren also viel stärker, als es eine Textnachricht kann. Heute, da ein viel massiverer Wandel die Öffentlichkeit erfasst hat, wirkt diese Kritik am Fernsehen fast antiquiert. Aber sie ist nur so antiquiert wie die Entwicklung selbst – und diese hält immer noch an. Mit den neuen Medien ist der Bildschirm total geworden, denn auch das Internet ist dem Bild verpflichtet: Fotos, Videos, Bannerwerbung machen seinen Inhalt aus. Aber nicht alleine die Mani-

pulierbarkeit des Bildmediums Internet setzt die Glaubwürdigkeit von Nachrichten einer neuen Spannung aus. Seine Omnipräsenz ist eine zusätzliche Herausforderung. Die Bildschirme sind dauerhaft und überall im Alltag verankert. „Push-Nachrichten“ auf das Smartphone zu bekommen erscheint als eine Möglichkeit, in Echtzeit am politischen Geschehen teilzunehmen. Aber berichtenswert ist, was Sensationswert hat (und Klickzahlen produziert; vgl. Arlt & Storz 2016). Durch den andauernden Beschuss mit neuen, noch aufregenderen Nachrichten verändern sich die Empfänger*innen. Schnell ist die Aufmerksamkeitsspanne erschöpft, und das Aufmerksamkeitsdefizit wird zum Massenphänomen. Dadurch haben sich Aufmerksamkeitsökonomie und Aufmerksamkeitsdefizit zusätzlich zu gewichtigen Mediatoren der Teilhabe entwickelt – und gerade das bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Demokratie. Die politische Öffentlichkeit leidet darunter.

Diese Diagnose geht auf den Leipziger Sozialphilosophen Christoph Türcke zurück. Er nannte das Phänomen schon lange vor den allgegenwärtigen Smartphones ein „audiovisuelles Trommelfeuer“ (Türcke 2002: 67). Nicht allein die professionellen Anbieter*innen von Nachrichten versuchen mit dem Dauerruf „Sieh hierher!“ Aufmerksamkeit zu erhalten. Unter den Bedingungen des „mikroelektronisch induzierten Aufmerksamkeitsdefizits“ (Türcke 2011) ist eine kritische Öffentlichkeit schwer zu haben. Sie muss unter ungleich erschwerten Bedingungen in der Lage sein, die Informationen zu kontextualisieren und die Bilder auf dem Bildschirm „lesen“ zu können. Dabei ist eine Voraussetzung kritischer Öffentlichkeit, dass verschiedene Quellen genutzt und zueinander in Bezug gesetzt werden können (in diesem Sinne wird der Begriff „kritische Öffentlichkeit“ bei der Interpretation der Daten in der vorliegenden Studie verwendet). Kritische Öffentlichkeit ist an den konzentrierten Nachvollzug von Nachrichten gebunden. Bildhaftigkeit, Schnelligkeit und Oberflächlichkeit gehören zur Funktion der neuen Medien und bedrohen gleichzeitig die Lesbarkeit der medialen Berichterstattung – nicht nur im Internet. Die Annahme, es würde nicht alles gezeigt, ist – wie bereits gesagt – grundsätzlich berechtigt. Es ist die Aufgabe der Medien auszuwählen. Wenn aber der Rezipient nicht (mehr) in der Lage ist, die notwendige Auslassung von der Manipulation durch Bild und Text zu trennen, gerät schnell alles unter den Verdacht der Verschwörung. Es erscheint somit als ein wichtiges und notwendiges Unterfangen, den Zusammenhang zwischen der verstärkten Nutzung des Internets als Informationsquelle und dem Vertrauen in die Medien bzw. weitere gesellschaftliche Institutionen zu beleuchten.

Bevor es aber im Folgenden um die Untersuchung dieser beiden Themen geht, wird zunächst ein allgemeiner Überblick über die Nutzung und die Glaubwürdigkeit der Medien in der Bundesrepublik gegeben. Dabei werden folgende Fragen beantwortet:

- a) Wer nutzt welche Medien, und welche Unterschiede lassen sich hier hinsichtlich verschiedener soziodemografischer Merkmale der Nutzer*innen feststellen? Wer sind die Menschen,

die den Medien die Glaubwürdigkeit absprechen? Welche Ursachen für den Glaubwürdigkeitsverlust lassen sich finden?

Nach dieser deskriptiven Darstellung sollen in der empirischen Analyse dann entsprechend den Vorüberlegungen die folgenden Fragen beantwortet werden:

- b) Wie lässt sich das Internet als Faktor im Strukturwandel der Öffentlichkeit („Echokammer“) beschreiben, und welche Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Medien und der Demokratie deuten sich an?
- c) Hängt der Vertrauens- und Legimitationsverlust der demokratischen Gesellschaft in Teilen der Bevölkerung mit der teilweise abnehmenden Glaubwürdigkeit der Medien zusammen? Welche weiteren Zusammenhänge lassen sich finden? Gibt es eine Polarisierung der Öffentlichkeit? Für den letzten Aspekt werden die Ergebnisse auch an die Befunde der Leipziger „Mitte“-Studie 2016 rückgebunden, vor allem an die dort beschriebene Polarisierung und Radikalisierung gesellschaftlicher Milieus.

3 Zwischen Echokammer, Glaubwürdigkeit und Polarisierung: Die empirische Analyse

Seit 2002 werden durch die Arbeitsgruppe der Leipziger „Mitte“-Studien zwischen 2.000 und 5.000 Probanden im zweijährigen Rhythmus befragt.³ Für die Erhebung im Jahr 2016 waren es 2.420 Probanden. Die Beschreibung des methodischen Vorgehens, der Fragebögen und die soziodemografischen Merkmale der Stichprobe sind andernorts veröffentlicht (Decker et al. 2016).

Für die hier vorliegende Untersuchung ist zusätzlich das Vertrauen in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen sowie die Glaubwürdigkeit der Medien mit erhoben worden. Wie hoch das Vertrauen der Befragten ist, wurde für acht Institutionen untersucht – Bundesverfassungsgericht, Bundestag, Justiz, Bundesregierung, Polizei, politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen. Die Probanden konnten ihr Vertrauen jeweils auf einer siebenstufigen Skala (von „überhaupt kein Vertrauen“ bis „sehr großes Vertrauen“) einschätzen. Ein Fragebogen erfasste die Glaubwürdigkeit der Medien getrennt nach öffentlich-rechtlichem Rundfunk, Tageszeitungen, privatem Rundfunk, Internet und Boulevardpresse.⁴ In einem weiteren Schritt wurden die Probanden dann gebeten, die von ihnen genutzten Medien (aus den gleichen fünf Medienkategorien wie zuvor) zu nennen. Mehrfachnennungen waren hier möglich. In Kapitel 3.1 wird anhand der erhobenen Daten zunächst ein Überblick gegeben: Wer nutzt eigentlich welche Medien in Deutschland, das heißt, anhand welcher Merkmale (Bildung, Einkommen, Alter etc.) unterscheiden sich Tageszeitungsleser*innen von Internetnutzer*innen usw.? Danach schließt sich die Frage an: Wer glaubt welchen Medien? Anhand verschiedener Merkmale wird versucht, die Nutzer*innen zu beschreiben. Schließlich wird dargestellt, welche Ursachen der (mangelnden) Medienglaubwürdigkeit sich statistisch berechnen lassen. In Kapitel 3.2 wird dann auf die Frage nach der Wirkung des Internets auf die Medienglaubwürdigkeit und die Demokratie „herangezoomt“, bevor der mögliche Zusammenhang zwischen dem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen und in die Medien in Teilen der Bevölkerung näher betrachtet wird (siehe Kapitel 3.3).

³ Von 2006 bis 2012 bestand eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, seit 2016 eine Zusammenarbeit mit der Otto Brenner Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

⁴ Die dazugehörige Frage lautete: „Im Folgenden sehen Sie einige Medien. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie diese für nicht glaubwürdig oder für sehr glaubwürdig halten.“

3.1 Mediennutzung, (Un-)Glaubwürdigkeit und ihre Ursachen: Ein erstes deskriptives Bild

3.1.1 Mediennutzung in Deutschland: Wer nutzt welche Medien?

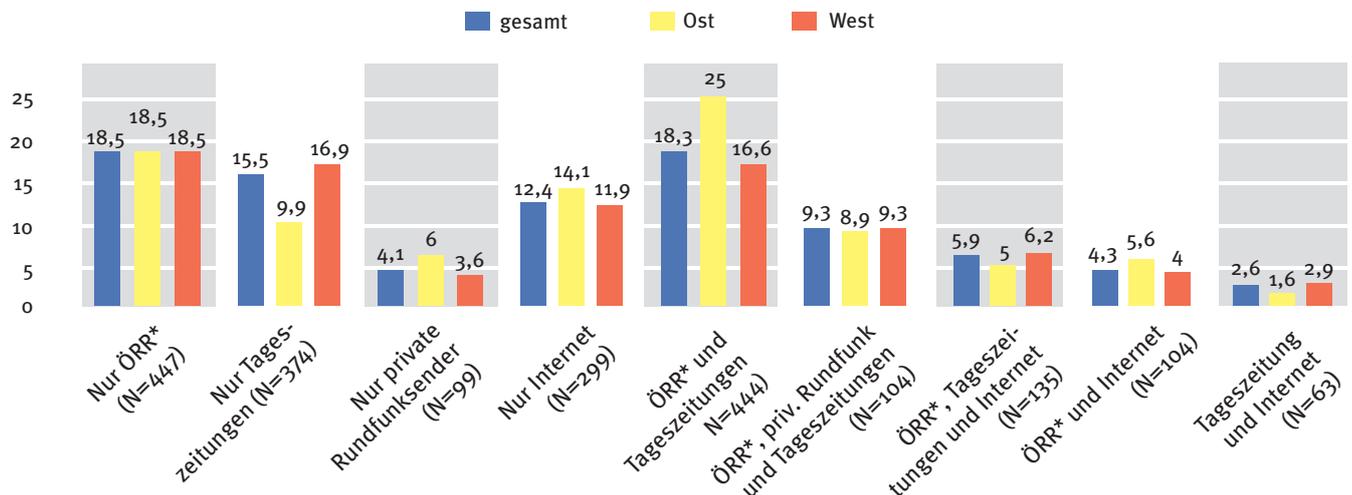
Die Teilhabe am öffentlichen Leben ist in der Bundesrepublik weiterhin stark durch die „klassischen“ Medien öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Tageszeitungen bestimmt (siehe Abb. 1). Allerdings hat das Internet als jüngstes Medium die seit den 1980er Jahren ebenfalls präsenten privaten Rundfunksender als Informationsquelle überholt. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als hätte das Internet in Ostdeutschland sogar die Tageszeitung als Mittel zur Meinungsbildung abgelöst. Dieser Eindruck täuscht allerdings, da er ausschließlich für diejenigen gilt, die angeben, ihre Informationen aus nur einem Medium zu beziehen.

Da aber bundesweit 40,5 Prozent der Menschen mehr als ein Medium nutzen, um sich politisch zu informieren (Ost: 46,1%; West: 39%), sind die Mehrfachnennungen interessant – und auf der Grundlage der hier verwendeten Definition kritischer Öffentlichkeit auch erfreulich.⁵ So greifen auf eine Tageszeitung auch jene zurück, die sich zusätzlich aus anderen Quellen infor-

Abbildung 1:

Mediennutzung in Deutschland in %

Woher beziehen Sie Ihre Informationen über das politische Geschehen?



*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N (gesamt) = 2.420, N (West) = 1.917, N (Ost) = 503. In die Auswertung gehen nur die Kombinationen ein, die bundesweit von mehr als 2% der Befragten berichtet wurden.

5 Der Indikator für kritische Öffentlichkeit – das Verwenden mehrerer Informationsquellen – ist in der vorliegenden Studie nur als erster Hinweis zu verstehen, da natürlich auch im Internet mehrere Quellen kombiniert werden können, was mit den hier präsentierten Daten jedoch nicht untersucht werden konnte (siehe dazu jedoch auch Kapitel 3.2).

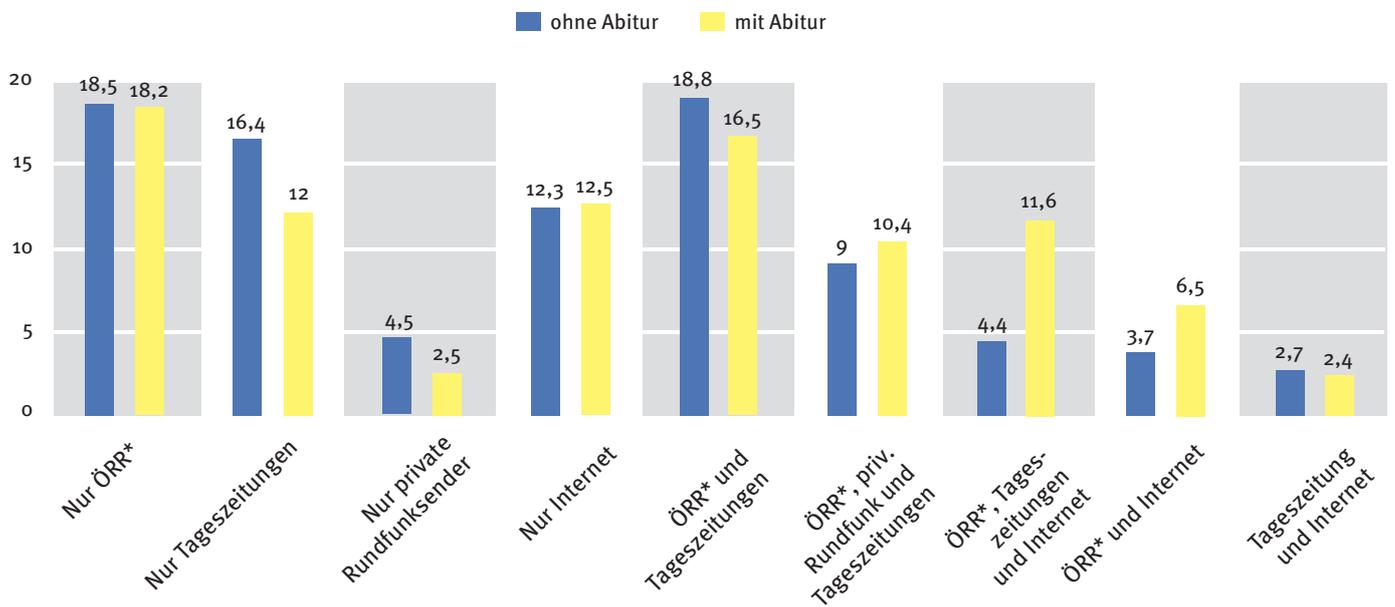
mieren. Die Lektüre der Tageszeitung gehört bei 50,4 Prozent in Ostdeutschland und 51,9 Prozent in Westdeutschland gleichermaßen zum Standard, um sich zu informieren. Auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt eine große Bedeutung als Informationsquelle zu: Was gesendet wird, erreicht 63 Prozent der Ostdeutschen und 54,6 Prozent der Westdeutschen. Die Differenzen sind jedoch größer als bei der Nutzung des Internets: Insgesamt rufen 26,3 Prozent in Ostdeutschland das Internet auf, um sich politisch zu informieren, bei den Westdeutschen sind es 25 Prozent.

Entgegen der landläufigen Erwartung, dass mit höherem Bildungsgrad häufiger Zeitung gelesen wird, geben mehr Personen mit niedrigem Bildungsgrad an, ihre Informationen über Tageszeitungen zu beziehen (siehe Abb. 2). Wahrscheinlich finden sich in diesen Ergebnissen jedoch auch Alterseffekte, da der formale Bildungsgrad bei älteren Geburtsjahrgängen niedriger ist als bei jüngeren. Die Verwendung mehrerer Informationsquellen kommt bei Personen mit Abitur dabei deutlich häufiger vor (47,4 % bzw. 38,6 %).

Abbildung 2:

Mediennutzung und formaler Bildungsgrad in %

Woher beziehen Sie Ihre Informationen über das politische Geschehen?



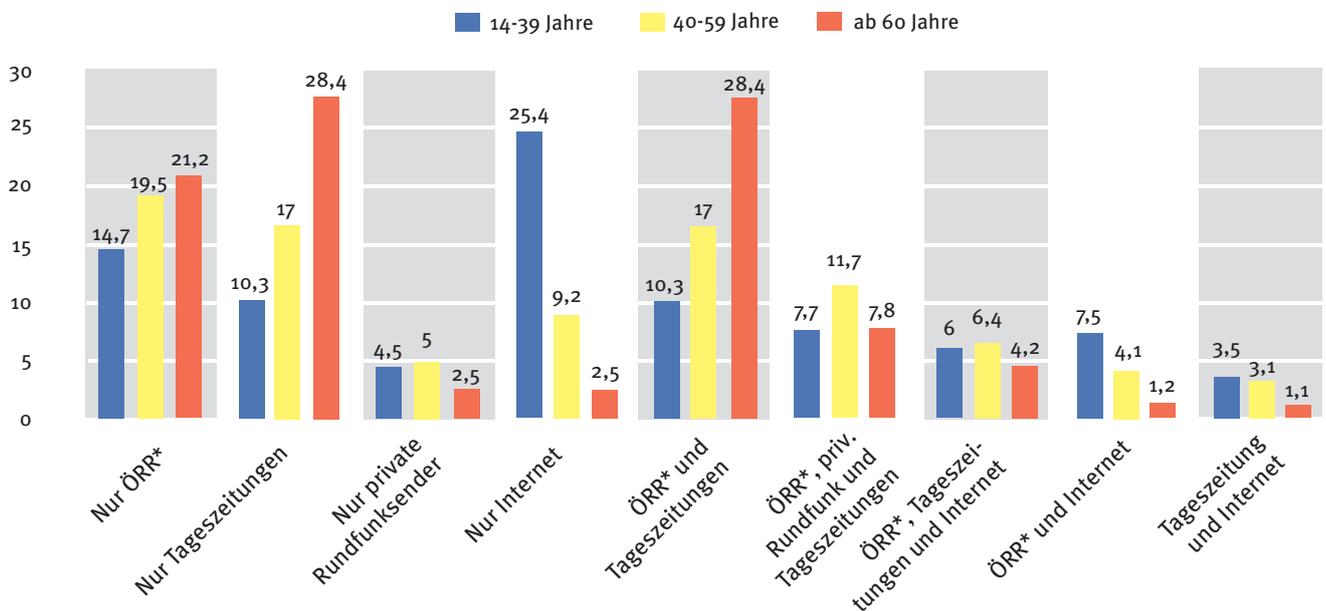
*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N (gesamt) = 2.420, N (ohne Abitur) = 1.910, N (mit Abitur) = 510.

Abbildung 3:

Mediennutzung in den Altersgruppen in %

Woher beziehen Sie Ihre Informationen über das politische Geschehen?



*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N (Gesamt) = 2.420, N (14-39 Jahre) = 778, N (40-59 Jahre) = 896, N (ab 60 Jahre) = 746.

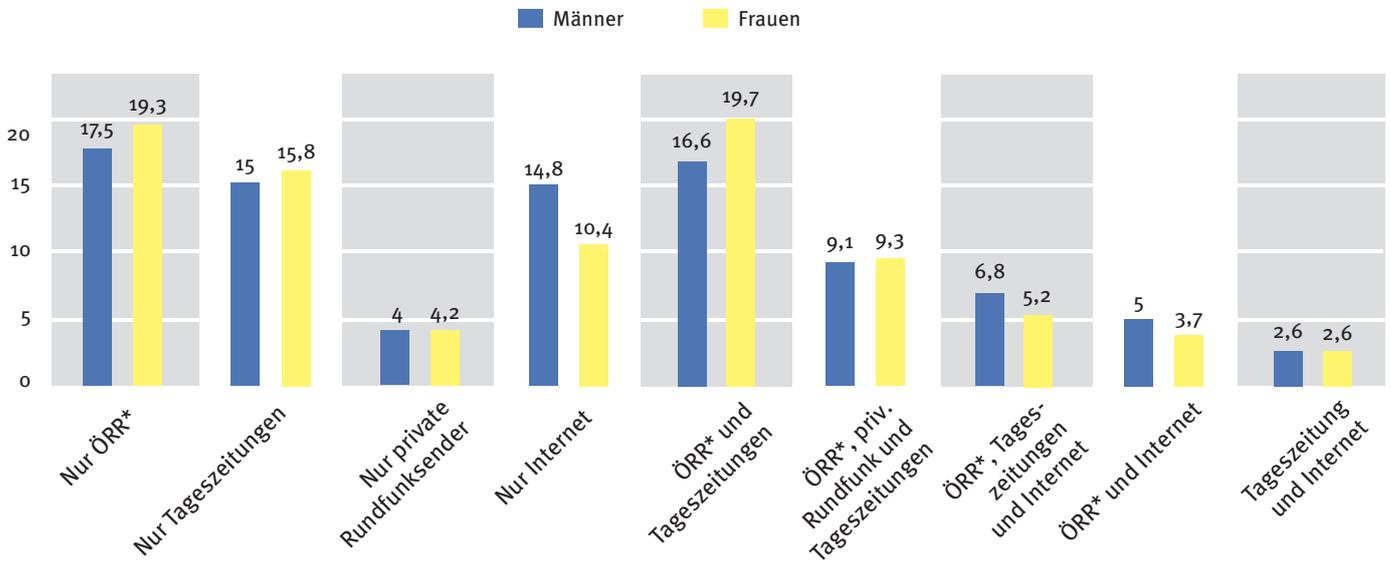
Sehr deutlich fällt der Unterschied zwischen den Altersgruppen aus (siehe Abb. 3). Die Öffentlichkeit teilt sich in zwei Gruppen: Jene, die zur Information auf das Internet setzen, und jene, die auf das Internet faktisch weitestgehend verzichten. Nur rund fünf Prozent der Menschen über 60 Jahre nutzen das Internet, um sich politisch zu informieren. Rund 86 Prozent der Menschen in dieser Altersgruppe setzen auf die „klassischen“ Medien Rundfunk und Tageszeitung. Ein Viertel der unter 40-Jährigen nutzt ausschließlich das Internet, deutlich mehr als ein Drittel nutzt das Internet alleine oder in Mischung mit anderen Medien, um sich zu informieren. Dies deutet darauf hin, dass – sollten sich die oben beschriebenen Wirkungen des Strukturwandels der Öffentlichkeit durch das Internet nachweisen lassen – diese Effekte in Zukunft verstärkt auftreten werden. Hinsichtlich der Kombination mehrerer Medien liegen die über 60-Jährigen aber deutlich vorn (38,5 % gegenüber 29 % bei den 14- bis 39-Jährigen).

Während mehr Frauen Nutzerinnen von Tageszeitungen und Rundfunk sind, informieren sich Männer häufiger im Internet. Rund 30 Prozent der Männer gegenüber 22 Prozent der Frauen setzen auf dieses Medium (siehe Abb. 4). Die Nutzung mehrerer Medien ist hingegen für beide Gruppen nahezu gleich häufig.

Abbildung 4:

Mediennutzung und Geschlecht in %

Woher beziehen Sie Ihre Informationen über das politische Geschehen?



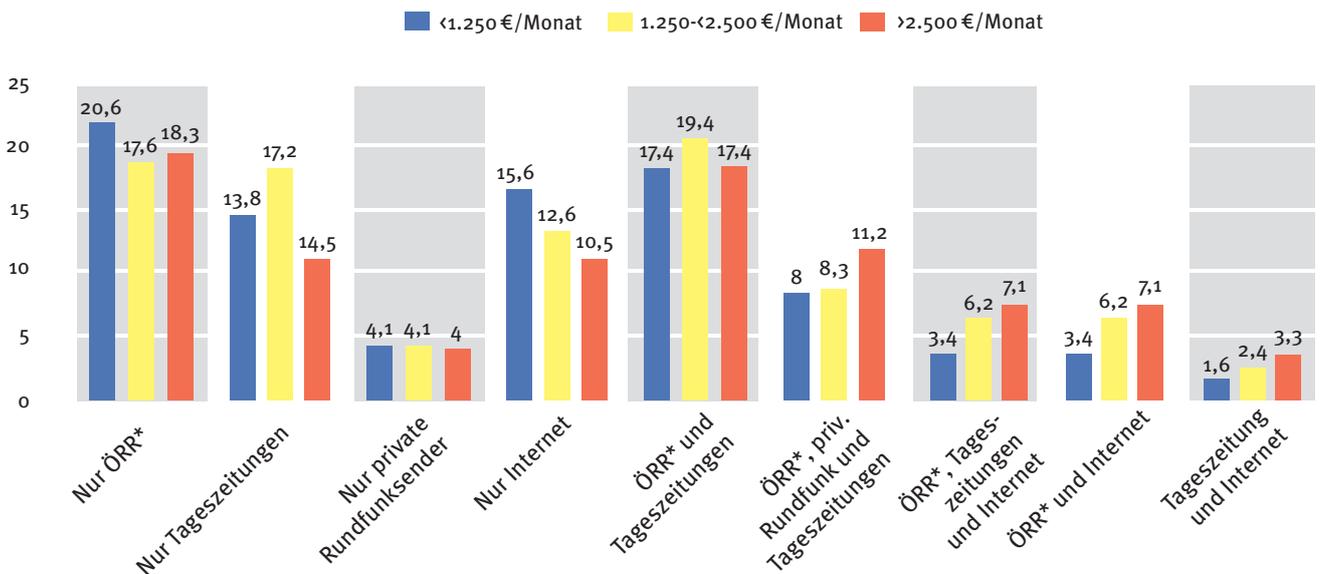
*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N (gesamt) = 2.420, N (Männer) = 1.082, N (Frauen) = 1.338.

Abbildung 5:

Mediennutzung in den Einkommensgruppen in %

Woher beziehen Sie Ihre Informationen über das politische Geschehen?



*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N (< 1.250 €/Monat) = 436, N (1.250-2.500 €/Monat) = 1.023, N (> 2500 €/Monat) = 878.
Die Angaben bezeichnen das monatliche Nettoeinkommen.

Auch bei den Einkommen zeichnet sich eine ähnliche Mediennutzung ab (siehe Abb. 5). Die meisten Menschen informieren sich durch verschiedene Medien – die Unterschiede sind hierbei jedoch beträchtlich: 46,1 Prozent der Personen mit einem Nettoeinkommen über 2.500 Euro gegenüber 33,8 Prozent der Menschen mit unter 1.250 Euro monatlich. Dabei ist allerdings festzustellen, dass die Bezieher*innen niedriger Einkommen häufiger auf das Internet und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk setzen. Dazu passt, dass beide Medien durch die in jedem Fall zu zahlende Rundfunkgebühr zugänglich sind. Kostenpflichtige Tageszeitungen hingegen dienen vor allem höheren Einkommensgruppen als Informationsquelle.

3.1.2 Medienglaubwürdigkeit: Wer glaubt welchen Medien?

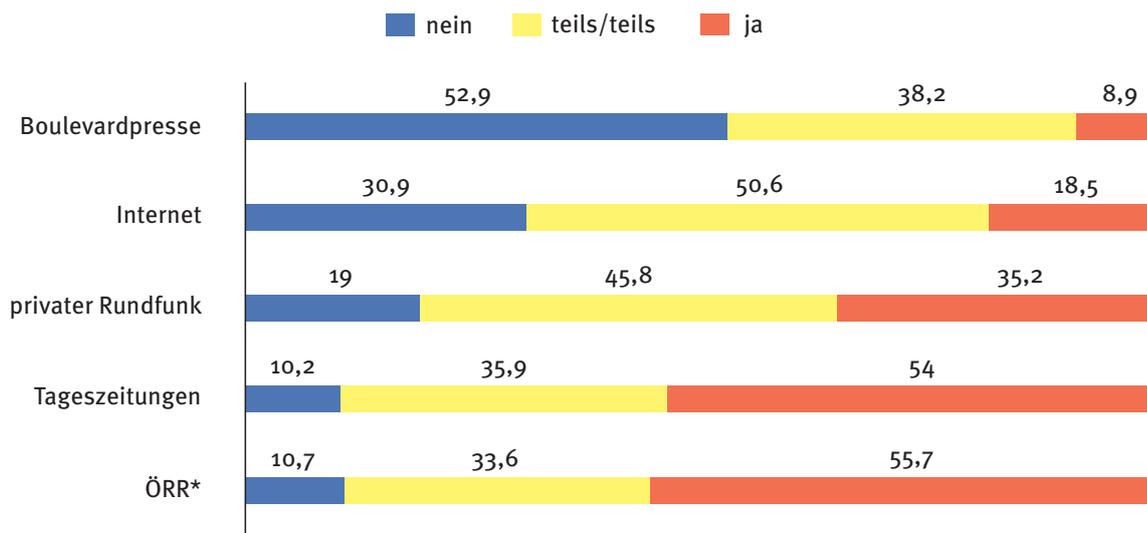
Wie das Mediennutzungsverhalten, so ist auch die Glaubwürdigkeit der jeweiligen Medien in Ost und West unterschiedlich. In Westdeutschland schätzen immerhin jeweils 10 Prozent mehr Befragte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und 13 Prozent mehr die Tageszeitungen als glaubwürdig ein als in Ostdeutschland (siehe Abb. 6). Die Differenz ist beim privaten Rundfunk nicht mehr so groß, allerdings mit rund 6 Prozent trotzdem noch bemerkenswert.

Demgegenüber hält in Ostdeutschland ein Viertel der Befragten das Internet für glaubwürdig (siehe Abb. 7), während es im Westen nicht einmal jeder Fünfte ist. Aber nicht nur diese

Abbildung 6:

Glaubwürdigkeit der Medien/West in %

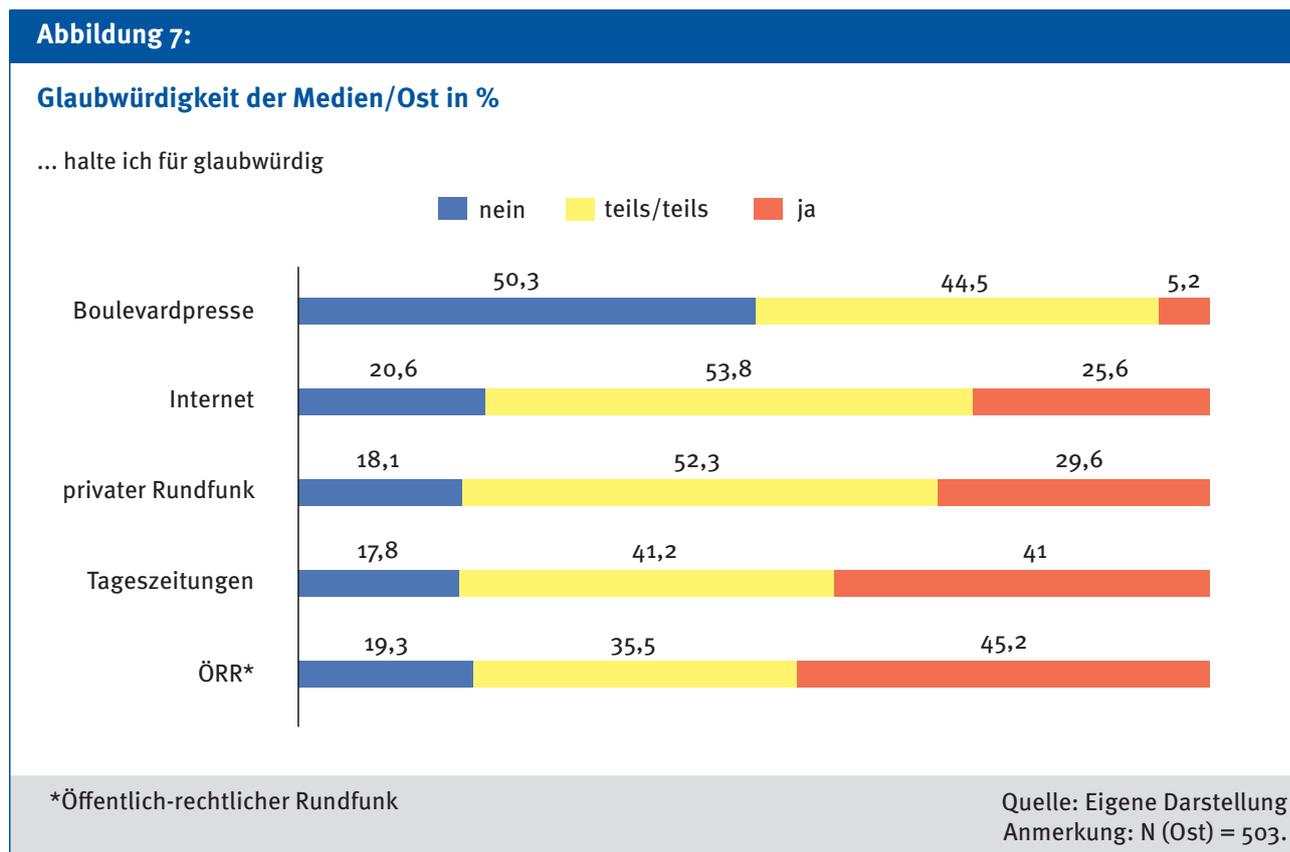
... halte ich für glaubwürdig



*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N (West) = 1.917.

Befunde sind bemerkenswert. Sowohl in der Gruppe derjenigen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für unglaubwürdig halten, als auch in der Gruppe derjenigen, die Tageszeitungen für unglaubwürdig halten, sind jeweils rund zehn Prozent mehr Ostdeutsche als Westdeutsche. Komplementär ist dann auch die fehlende Glaubwürdigkeit bei Informationen aus dem Internet. Rund ein Drittel der Westdeutschen hält dieses Medium explizit für unglaubwürdig, während dies im Osten nur ein Fünftel so einschätzt.



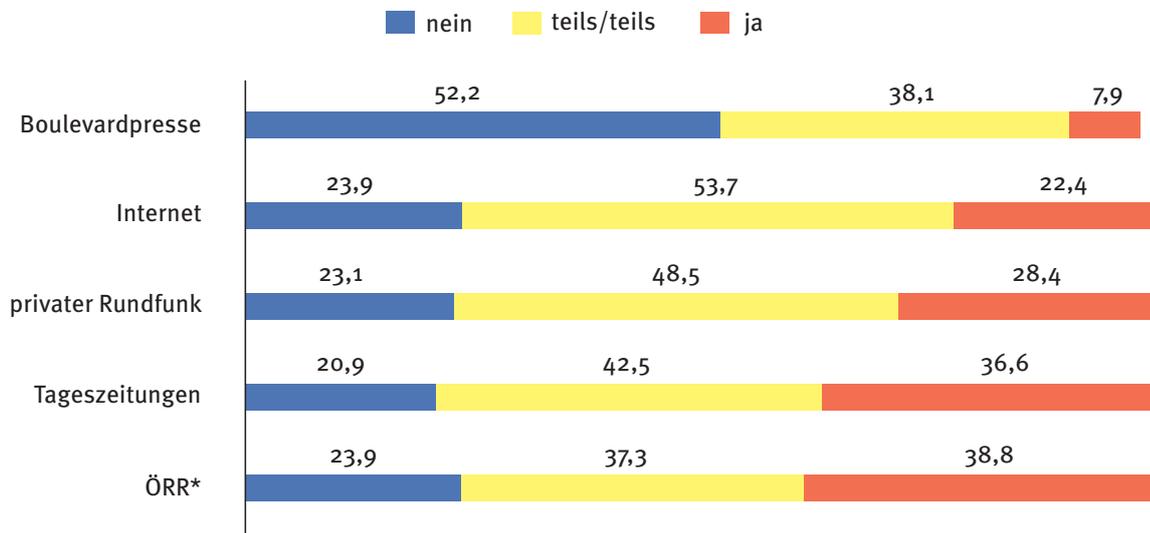
Die eigene sozioökonomische Lage hat ebenfalls einen deutlichen Einfluss auf die Wahrnehmung der Glaubwürdigkeit. Als Indikator für eine objektive Deprivation kann die Arbeitslosigkeit herangezogen werden (siehe Abb. 8). Unter Arbeitslosen finden sich deutlich weniger, die den Medien Glauben schenken. Nicht einmal jeweils 40 Prozent halten Informationen aus den öffentlich-rechtlichen Medien oder den Tageszeitungen für glaubwürdig. Bei Berufstätigen trifft dies auf jeweils über die Hälfte der Befragten zu (siehe Abb. 9). Demgegenüber halten in der Gruppe der Arbeitslosen fast doppelt so viele Befragte wie in der Gruppe der Berufstätigen Tageszeitungen und öffentlich-rechtlichen Rundfunk explizit für unglaubwürdig.

Im Vergleich zu Berufstätigen sind Arbeitslose aber deutlich weniger misstrauisch gegenüber politischen Informationen aus dem Internet – interessanterweise ist demgegenüber das Vertrauen jedoch nicht bemerkenswert größer.

Abbildung 8:

Glaubwürdigkeit der Medien bei Arbeitslosen in %

... halte ich für glaubwürdig



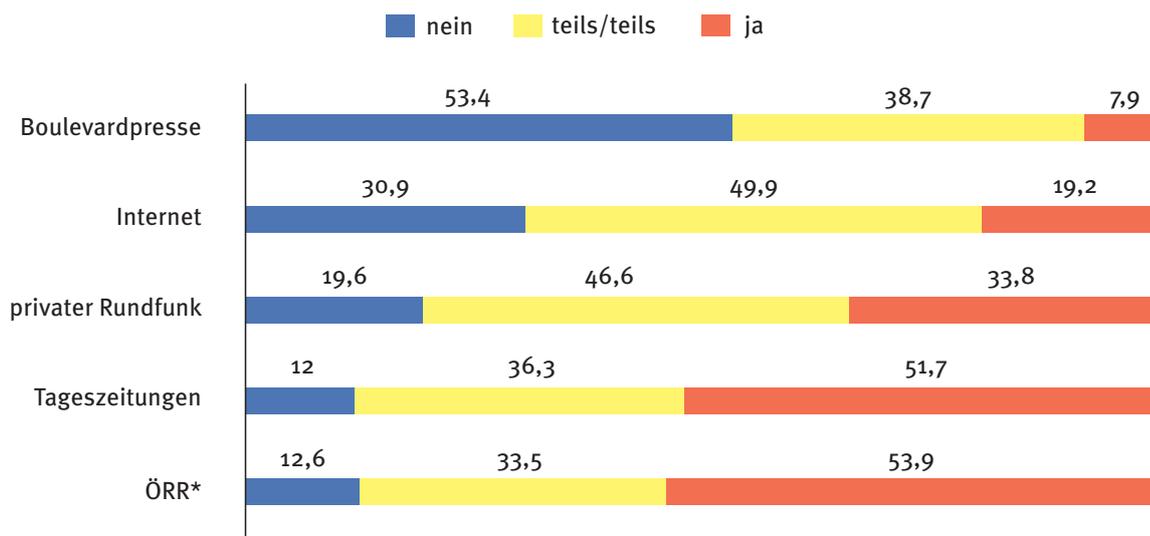
*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N (arbeitslos) = 134.

Abbildung 9:

Glaubwürdigkeit der Medien bei Berufstätigen in %

... halte ich für glaubwürdig



*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

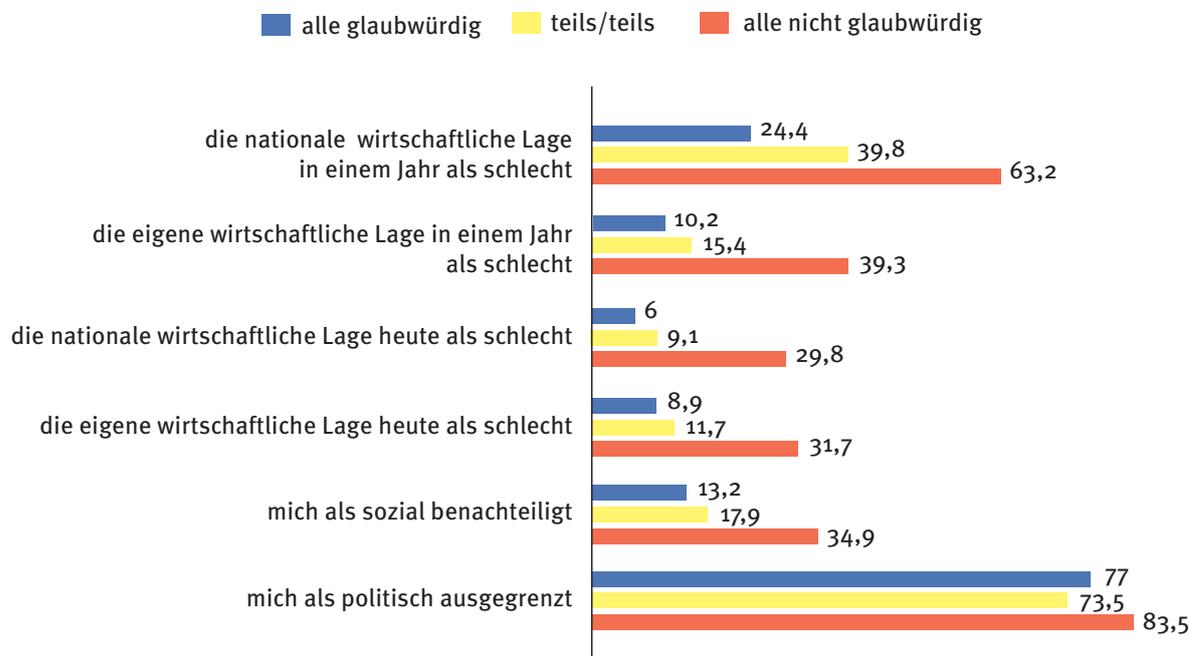
Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N (berufstätig) = 1.324.

Entsprechende Ergebnisse, die auf ein generell höheres Misstrauen bei deprivierten Menschen hinweisen, finden sich auch in Zusammenhang mit subjektiver Deprivationserfahrung (siehe Abb. 10). Betrachtet man die drei Gruppen derjenigen, die alle Medien für glaubwürdig halten, die sich indifferent gegenüber einem solchen Glaubwürdigkeitsvorschuss zeigen und die allen Medien grundsätzlich keinen Glauben schenken, fallen die Unterschiede deutlich ins Auge. Über alle Kategorien hinweg – bis auf diejenige der politischen Deprivation – liegen subjektive Deprivationserfahrungen bei den Misstrauischen doppelt so häufig vor, wie dies bei den Befragten der Fall ist, die die Medien auf breiter Front für glaubwürdig halten. So beschreiben von denen, die den Medien glauben, nur rund zehn Prozent ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht, während dieser Prozentsatz bei den Misstrauischen fast ein Drittel beträgt. Das kann bereits als ein erster Hinweis verstanden werden auf den Zusammenhang von Vertrauen in die öffentlichen Institutionen und Glaubwürdigkeit der Medien, da z. B. die Verantwortung für eine schlechte nationale wirtschaftliche Lage bestimmten Institutionen der Politik zugewiesen werden kann.

Abbildung 10:

Subjektive Deprivationserfahrung und Glaubwürdigkeit der Medien in %

Ich empfinde ...



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung: N (alle glaubwürdig) = 185, N (teils/teils) = 1.766, N (alle nicht glaubwürdig) = 141.

Erkennbar wird darüber hinaus, dass sowohl die individuelle ökonomische Deprivation als auch die Einschätzung der nationalen ökonomischen Lage einen Zusammenhang zur Glaubwürdigkeit der Medien zeigen. Bei Menschen, die die Medien für glaubwürdig halten, schätzt nur rund ein Viertel die nationale wirtschaftliche Lage als schlecht ein. In der Gruppe derjenigen, die die Medien allesamt für unglaubwürdig halten, sind es fast zwei Drittel (63,2 %).

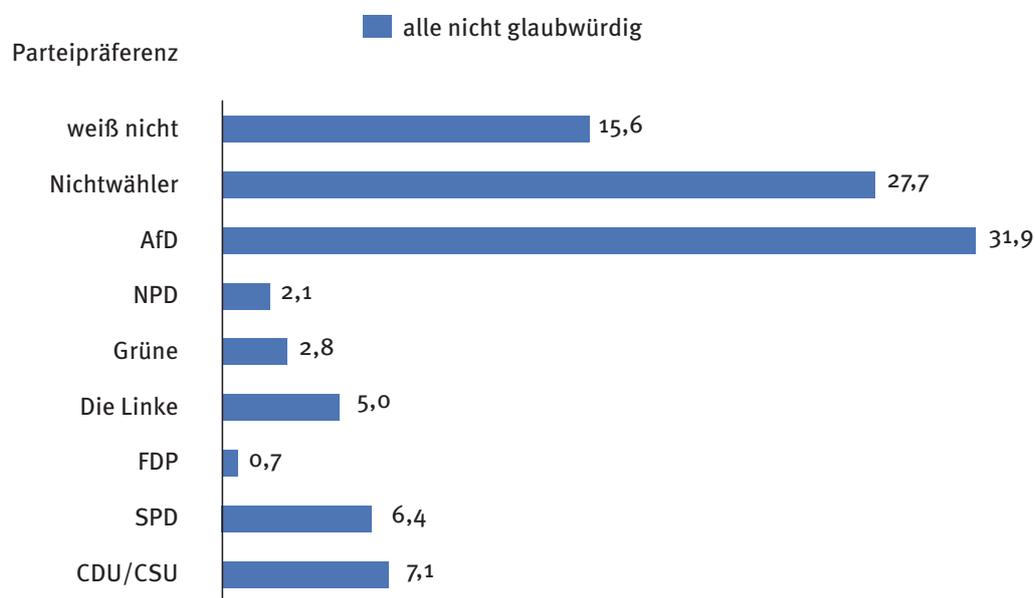
Aufgrund der mutmaßlichen Zuweisung von Verantwortung für die objektiven und subjektiven Deprivationserfahrungen ist es auch noch einmal interessant zu betrachten, welche Parteien von den Misstrauischen präferiert werden. Hier schafft es die AfD, überdurchschnittlich viele Menschen an sich zu binden, die den Medien misstrauen. Die Nichtwähler stellen die zweitgrößte Gruppe mit geringem Vertrauen in die Medien.

Passend zu diesem Befund ist der Anteil der Personen mit Vorurteilen unter denen, die den Medien misstrauisch begegnen, auch relativ hoch. Die Bereitschaft zur Abwertung von Sinti und Roma wie auch von Muslimen ist in der gesamten Bevölkerung hoch, allerdings ist diese bei Menschen, die den Medien nicht trauen, noch einmal deutlich ausgeprägter (siehe Abb. 12).

Abbildung 11:

Parteipräferenz und Glaubwürdigkeit der Medien in %

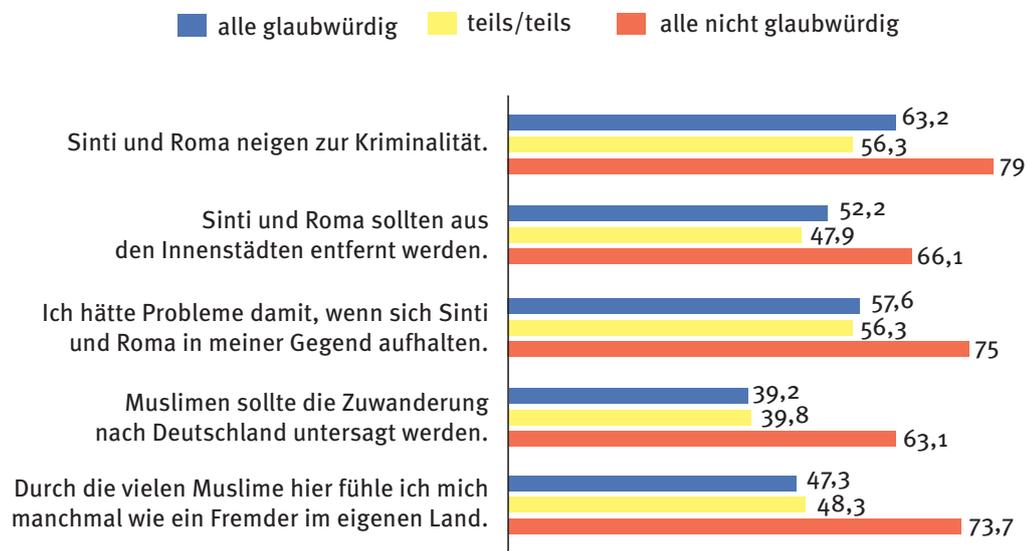
Wie wählen Menschen mit mangelndem Vertrauen in die Medien



Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N (alle nicht glaubwürdig) = 141.

Abbildung 12:

Abwertung und Glaubwürdigkeit der Medien in %



Quelle: Eigene Darstellung

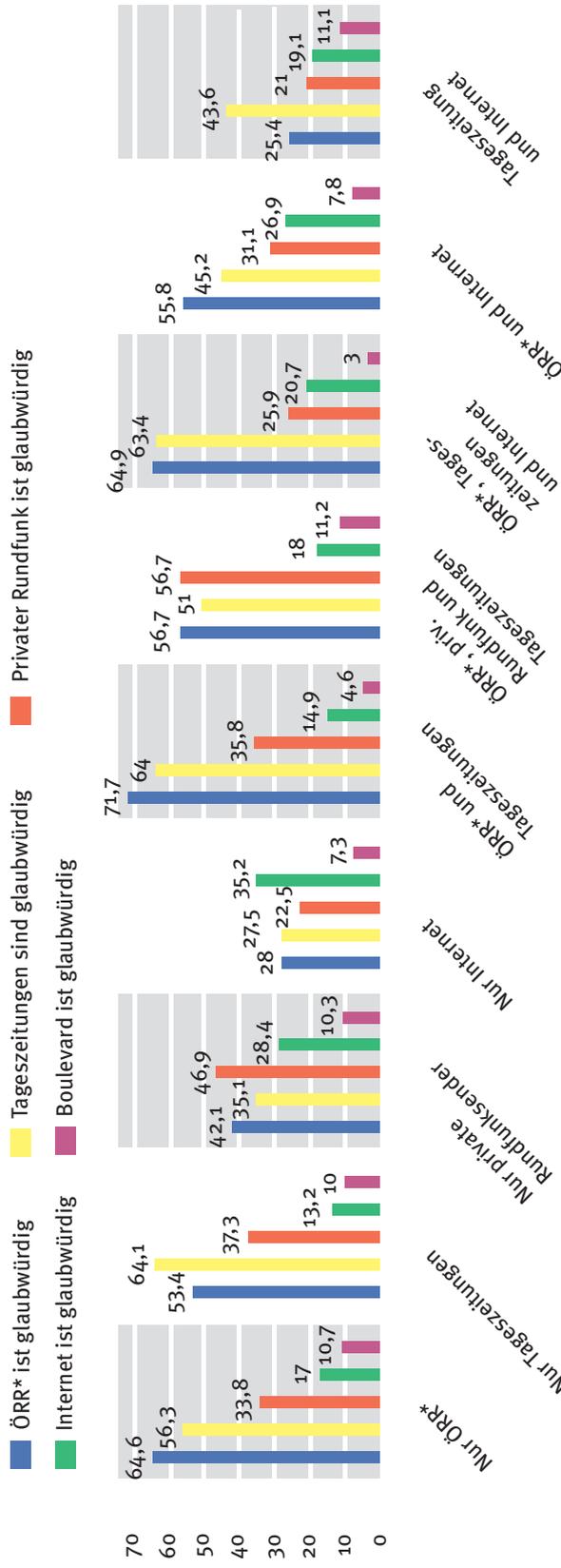
Anmerkung: N (alle glaubwürdig) = 206, N (teils/teils) = 2.022, N (alle nicht glaubwürdig) = 168.

Wie oben in der Einleitung ausgeführt, sind Medien darauf angewiesen, Informationen genauso zu reduzieren wie Komplexität. Deshalb bedarf es von Seiten der Leser*innen eines Glaubwürdigkeitsvorschusses. Umgekehrt ist die mediale Öffentlichkeit aber auch auf eine kritische Prüfung angewiesen. Kann es den Leser*innen auch nicht gelingen, über alle Inhalte Kenntnis zu haben und sie zu überprüfen, so kann doch ein Abgleich mit anderen Berichterstattungen stattfinden. Politische Berichterstattung auf Stimmigkeit zu überprüfen hängt genauso wie die Akzeptanz verschiedener möglicher Sichtweisen und Positionen in einer demokratischen Gesellschaft von der Möglichkeit zur Triangulation ab. So ist es im Sinne einer kritischen Öffentlichkeit interessant, wie Menschen, die sich durch mehr als ein Medium über das politische Geschehen informieren, deren Glaubwürdigkeit einschätzen (siehe Abb. 13).

Abbildung 13:

Mediennutzung und Glaubwürdigkeit der Medien in %

Anteil derjenigen, die die Medien für glaubwürdig halten, in Abhängigkeit von ihrer eigenen Mediennutzung in %



*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
 Quelle: Eigene Darstellung
 Anmerkung: N (öffentl.-rechtl. Rundfunk glaubwürdig) = 1.283; N (Tageszeitungen glaubwürdig) = 1.229;
 N (priv. Rundfunk glaubwürdig) = 813; N (Internet glaubwürdig) = 471; N (Boulevard glaubwürdig) = 193.

Die Wahrnehmung der Medien unterscheidet sich grundlegend in Abhängigkeit davon, welche Medien jeweils genutzt werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird fast durchgängig als glaubwürdig wahrgenommen. Nur Menschen, die sich ausschließlich über Tageszeitungen informieren, schätzen deren Glaubwürdigkeit noch höher ein als den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Als am höchsten wird tatsächlich die Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Tageszeitungen eingeschätzt, wenn beide Kanäle genutzt werden. Es fällt auf, dass das Misstrauen gegenüber den Berichten im Internet generell hoch ist, die Glaubwürdigkeit der dort transportierten Inhalte durchgängig als niedrig eingeschätzt wird. Selbst bei den Nutzern, die ihre Informationen ausschließlich über das Internet beziehen, fällt die Einschätzung der Glaubwürdigkeit der Inhalte in diesem Medium verhältnismäßig niedrig aus. Nur etwas mehr als ein Drittel dieser Personen glaubt, was sie dort lesen.

Mit Blick auf die kritische Öffentlichkeit können sich gerade die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Tageszeitungen bestärkt fühlen, ihren Auftrag aus Sicht ihrer Leser*innen zu erfüllen. Wer die Möglichkeit des Abgleichs nutzt, schätzt die Glaubwürdigkeit der beiden Medien am höchsten ein. Dieser Befund kann auch dahingehend interpretiert werden, dass eine breite Nutzung des Informationsangebots mehr Sichtweisen vermittelt und damit das demokratische Geschehen als einen Aushandlungsprozess verschiedener Interessen nachvollziehbar macht. Dies erhöht die Glaubwürdigkeit, gerade wenn Pluralität verdeutlicht, dass unterschiedliche Interessen auch unterschiedliche Sichtweisen einschließen. Ähnlich wie eine ausschließliche Nutzung des Internets auf Kosten der Glaubwürdigkeit geht, so schwächt auch die prominente Nutzung des Internets (ergänzt nur durch ein weiteres Medium) die Glaubwürdigkeit aller anderen Medien.

Kontrastiert man diese beiden Befunde – Glaubwürdigkeit der Öffentlich-Rechtlichen und der Tageszeitungen im Gegensatz zum Misstrauen gegenüber dem Internet – ergibt sich ein Hinweis auf die Wirkung des neuen Mediums. Es gelingt diesem nicht, Glaubwürdigkeit zu generieren. Umso erstaunlicher ist es, dass es doch von 12,4 Prozent ausschließlich genutzt wird, um sich politisch zu informieren (siehe Abb. 1 und Kapitel 3.2).

3.1.3 Ursachen der (mangelnden) Medienglaubwürdigkeit

Im Folgenden geht es um die Frage, welche ausgewählten Indikatoren mit der Glaubwürdigkeit bzw. Unglaubwürdigkeit der Medien in Zusammenhang stehen. Um diese Frage zu beantworten, wurde basierend auf den Daten der Leipziger „Mitte“-Studie 2016 die Stärke des Einflusses verschiedener Faktoren auf die Glaubwürdigkeit bestimmt.

Als soziodemografische Merkmale, die Einfluss auf die Wahrnehmung der Glaubwürdigkeit haben könnten, wurden das Alter, das Geschlecht, der Schulabschluss, das Einkommen, die Zu-

gehörigkeit zu Ost- oder Westdeutschland und Stadt bzw. Land mit berücksichtigt. Die kollektive wirtschaftliche, politische und soziale Deprivation beschreibt aus subjektiver Sicht die soziale Lage und wurde in die Untersuchung aufgenommen, weil auch hier davon auszugehen ist (siehe Abb. 8-10), dass es einen Einfluss auf die Einschätzung der Glaubwürdigkeit der Medien gibt. Entsprechend der theoretischen Vorüberlegungen wurden zudem noch eine Reihe von Fragen zur politischen Einstellung und zur Legitimität der Demokratie gestellt. Die sechs Dimensionen des Rechtsextremismus (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, NS-Verharmlosung) gehen genauso mit ein wie die autoritäre Orientierung (autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression und Konventionalismus), da die Polarisierung der Gesellschaft sich entlang dieser Dimensionen vollzieht und so auch der Zusammenhang zwischen einer antidemokratischen Einstellung und der Glaubwürdigkeit der Medien relevant ist. Weiterhin wurde im Zusammenhang von Glaubwürdigkeit und öffentlichem Vertrauen auch die Einschätzung zum Zustand der Demokratie erfragt. Dieser konnte von den Befragten auf verschiedenen Ebenen eingeschätzt werden: Zum einen, wie die Idee der Demokratie im Vergleich zu anderen Staatsformen bewertet wird, zum anderen, ob man mit der demokratischen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) zufrieden ist. Darüber hinaus konnten die Befragten angeben, inwieweit die Demokratie in der BRD aus ihrer Sicht zufriedenstellend funktioniert. Der Autoritarismusfragebogen der Leipziger „Mitte“-Studien mit den Dimensionen autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression und Konventionalismus erfasst zusammen mit der Verschwörungsmentalität zentrale Merkmale der befragten Personen, genauso wie ein zusätzlicher Fragebogen zu Angst und Depressivität, welcher ebenfalls mit in die Untersuchung aufgenommen wurde. Als Verhaltenskomponente, für die ein Zusammenhang mit der Einschätzung der Glaubwürdigkeit vermutet wird, wurde die eigene Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, um seine Interessen zu vertreten, erfragt. Die Ergebnisse der so aufgebauten Regressionsanalyse⁶ wurden grafisch aufgearbeitet und werden im Folgenden präsentiert. Dabei fanden nur statistisch signifikante – das heißt als gesichert anzusehende – Zusammenhänge in die Grafiken Eingang. Nicht genannte Faktoren blieben ohne entsprechenden bedeutsamen Zusammenhang ($p < .05$). Die Intensität des Zusammenhangs wird in den gezeigten Grafiken durch die Nähe zum Zentrum dargestellt. Einflussfaktoren im ersten Kreis um das Zentrum haben den stärksten Einfluss, die Faktoren im äußersten Kreis

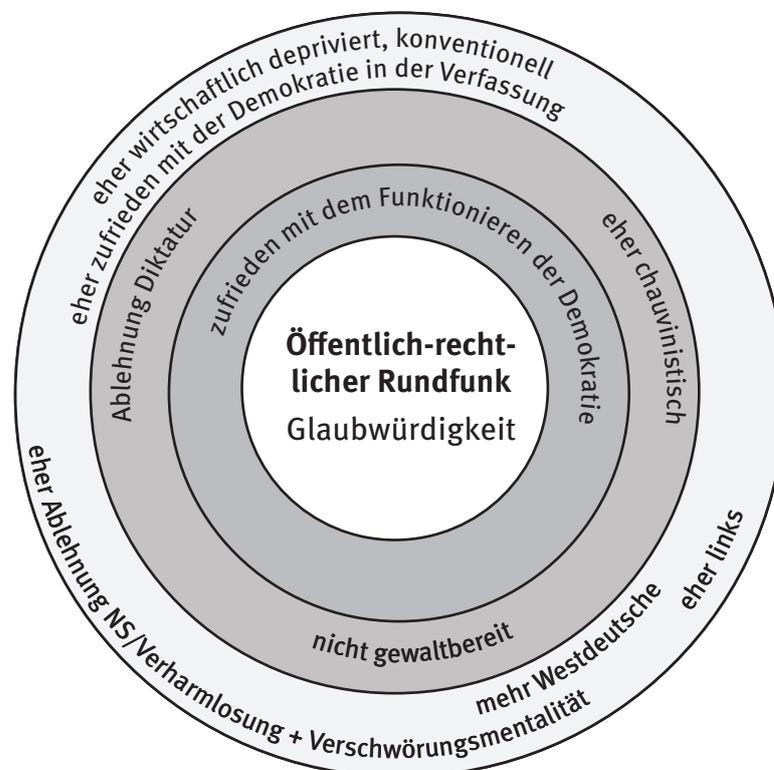
⁶ Es wurde eine lineare Regression berechnet. Regressionsanalysen dienen der Erkenntnisbildung, ohne dass eine Hypothese über die Richtung des Zusammenhangs aufgestellt wird, also kein Ursache-/Wirkungszusammenhang zwischen den verschiedenen Faktoren und der Glaubwürdigkeit angenommen wird. Diese Form der Analyse dient der Beschreibung des Untersuchungsfelds und wird in den interpretativen empirischen Methoden verwandt. Die folgenden Ergebnisse sind als Typologie zu verstehen, mit denen das Bedingungsgeflecht der Medienglaubwürdigkeit beschrieben wird. Diese Typen (Modelle) für die Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie für die Tageszeitungen weisen mit einem korrigierten R^2 von 0,290 bzw. 0,245 eine recht hohe Erklärungskraft auf, während die Erklärungskraft der drei anderen Modelle (privater Rundfunk, Internet, Boulevardpresse) jeweils eher geringer ausfällt (zwischen 0,064 und 0,110). Die Matrix mit den Ergebnissen der Regressionsanalyse kann bei den Autoren angefordert werden.

den schwächsten. Die Richtung des Zusammenhangs wird mit einem Adverb beschrieben (z. B. „eher chauvinistisch“, wenn die Glaubwürdigkeit der Medien mit einer chauvinistischen Einstellung in Zusammenhang steht), die Platzierung der Faktoren innerhalb der einzelnen Ringe ist ohne Bedeutung.

Es fallen als Erstes einige Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede auf, die mit der Glaubwürdigkeit eines Mediums in Zusammenhang stehen (siehe Abb. 14-18). Von den damit in Zusammenhang stehenden Faktoren ist der stärkste – und zugleich bei allen fünf Medien signifikante – das „Funktionieren der Demokratie in der BRD“. Wer die Glaubwürdigkeit der Medien hoch einschätzt, ist umgekehrt auch mit dem Funktionieren der Demokratie hoch zufrieden. Umgekehrt gilt, wer Medien als unglaubwürdig einstuft, ist höchst unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Dieser Zusammenhang ist stärker für Tageszeitungen, öffentlichen Rundfunk sowie privaten Rundfunk ausgeprägt als für das Internet und für die Boulevardpresse. Hier bestätigt sich die Funktion glaubwürdiger Medien für das Vertrauen und die Akzeptanz des politischen Systems (siehe Kapitel 2.1).

Abbildung 14:

Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks



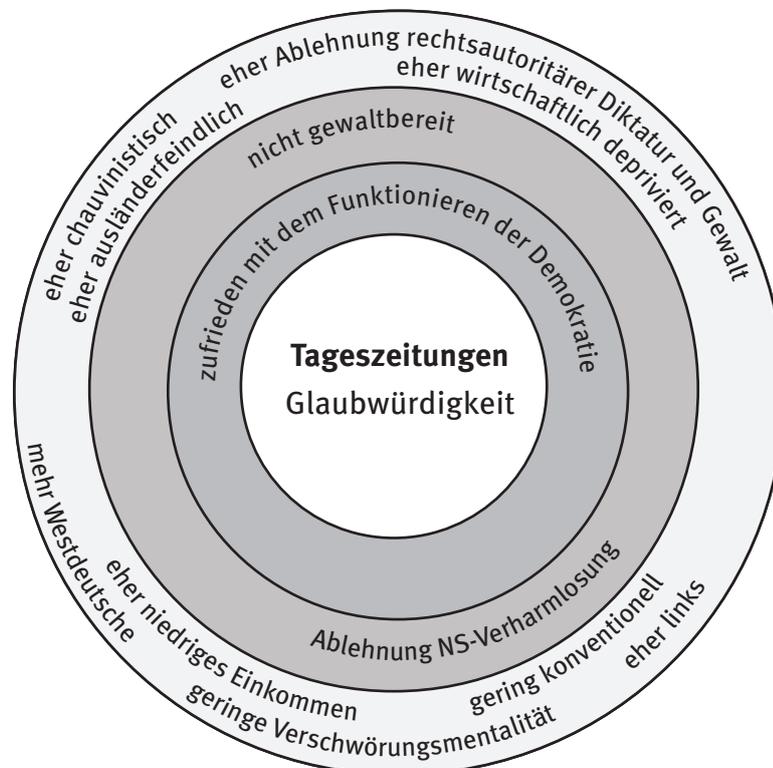
Quelle: Eigene Darstellung

Es gibt noch einige singuläre Ergebnisse, die erwähnenswert sind: Die Verharmlosung des Nationalsozialismus (NS) und die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur stehen jeweils in negativem Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und Tageszeitungen (siehe Abb. 14-18). Wer den Nationalsozialismus verharmlost, hält zudem tendenziell auch den privaten Rundfunk für unglaubwürdig (siehe Abb. 16). Allerdings steht die Verharmlosung des Nationalsozialismus positiv in Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit des Internets und der Boulevardpresse (siehe Abb. 14-18): Wer die NS-Zeit verharmlost, hält diese Medien eher für glaubwürdig, als es die anderen Befragten tun.

Ein zweiter übergreifender – wenngleich auch schwächerer – Zusammenhang lässt sich in Bezug auf die Gewaltbereitschaft konstatieren: Je eher Befragte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Tageszeitungen, den privaten Rundfunk sowie die Boulevardpresse als unglaubwürdig einstufen, umso eher sind sie auch bereit, Gewalt anzuwenden. Die Glaubwürdigkeit des Internets hingegen hängt signifikant positiv mit der eigenen Gewaltbereitschaft zusammen, das heißt, je gewaltbereiter Personen sind, desto eher halten sie das Internet für glaubwürdig (siehe Abb. 17).

Abbildung 15:

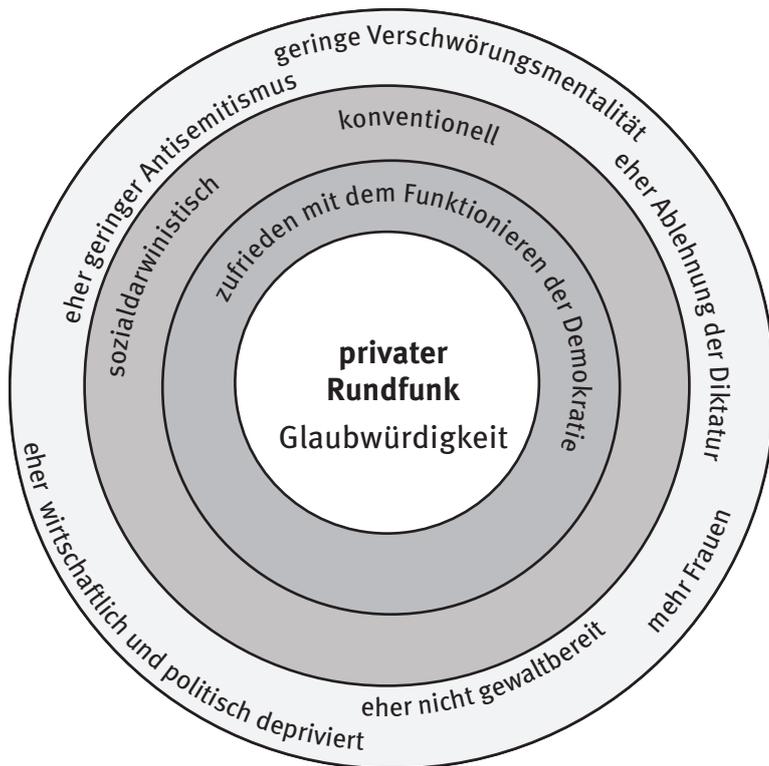
Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit der Tageszeitungen



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 16:

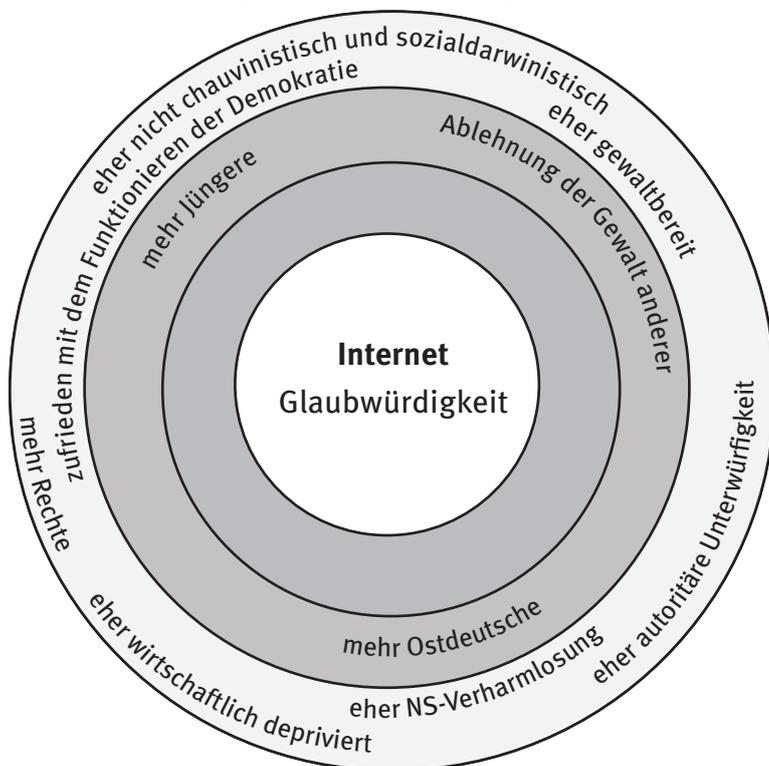
Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit des privaten Rundfunks



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 17:

Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit des Internets

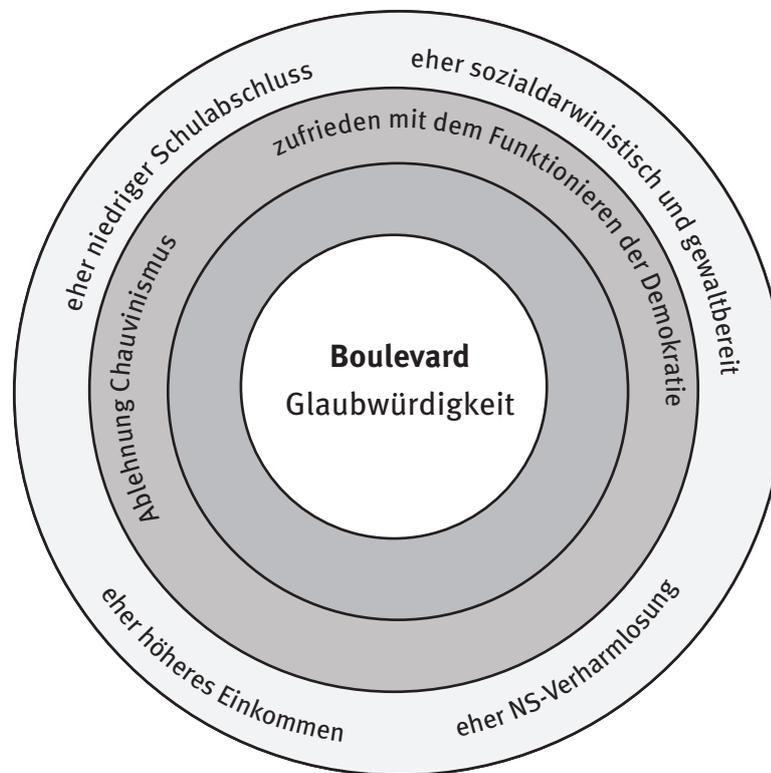


Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung: Da kein Einflussfaktor in einem entsprechend starken Zusammenhang mit der Einschätzung steht, wurde der erste Ring in der Abbildung zur Glaubwürdigkeit des Internets leer gelassen.

Abbildung 18:

Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit der Boulevardpresse



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung: Da kein Einflussfaktor in einem entsprechend starken Zusammenhang mit der Einschätzung steht, wurde der erste Ring in der Abbildung zur Glaubwürdigkeit der Boulevardmedien leer gelassen.

Das Alter steht in negativem Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit des Internets, das heißt, Ältere halten das Internet tendenziell für unglaubwürdiger (siehe Abb. 17). Ostdeutsche haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Tageszeitungen für unglaubwürdig zu halten, als Westdeutsche, bei denen wiederum eine hohe Wahrscheinlichkeit vorliegt, das Internet für unglaubwürdig zu halten. Chauvinismus steht sowohl in negativem wie auch positivem Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit verschiedener Medien: positiv mit der Glaubwürdigkeit von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und Tageszeitungen und negativ mit der Glaubwürdigkeit von Internet und Boulevard. Auffällig ist, dass Tageszeitungsleser etwas häufiger eine chauvinistische und ausländerfeindliche Einstellung zeigen. Das gemeinsame Auftreten ist allerdings nicht verwunderlich, da die Fremdgruppenabwertung zur Aufwertung der eigenen Gruppe wie die Nacht zum Tag gehört und kaum eines dieser Phänomene alleine auftritt. Warum aber beides bei denjenigen, die den Tageszeitungen vertrauen, häufiger anzutreffen ist, kann mit den vorliegenden Daten nicht abschließend geklärt werden.

Da jedoch der Kontext der Berichterstattung die Glaubwürdigkeit schafft, kann dies auch mit den medialen Inhalten selbst zu tun haben. Möglich ist, dass sich diese Glaubwürdigkeit als Echo einer durchaus auch oft das Nationale betonenden und das Fremde subtil abwertenden Berichterstattung darstellt (siehe etwa die Überlegungen zur Berichterstattung über die Euro-Krise und Griechenland in Kapitel 1).

3.2 Die Echokammer und ihre Folgen

Wird durch die Funktionslogik des Internets eine kritische Öffentlichkeit erschwert? Diese Frage ist zu beantworten, wenn sie am Extrembeispiel untersucht wird: Wie steht es um die Öffentlichkeit in der Echokammer des Internets? Und wie ist die Wahrnehmung von Politik und Gesellschaft in dieser neuen Öffentlichkeit? Wird das Internet vor allem als sinnstiftender und die eigene Position bestätigender Ort genutzt? Diese Fragen tauchen auf, da, wie in der Einleitung beschrieben, die Verbreitung des Internets einen weiteren Schub im Strukturwandel der Öffentlichkeit anzeigt. Und sie werden verstärkt durch das im vorherigen Kapitel beschriebene Spannungsverhältnis von Nutzung und Misstrauen allgemein sowie durch die Ergebnisse zur Internetnutzung und der eigenen Gewaltaffinität und Ähnliches. Deshalb werden im Folgenden diejenigen beschrieben, welche angeben, sich ausschließlich über das Internet zu informieren. Als Problemanzeige muss darauf hingewiesen werden, dass hinsichtlich der im Internet verfügbaren Quellen nicht differenziert wurde. So kann eingewendet werden, dass eine Nutzung auch von Premiummedien, also redaktionell betreuten Angeboten, oder auch Internetauftritten von „klassischen“ Medien, wie öffentlich-rechtlicher Rundfunk oder Tageszeitungen, nicht von der ausschließlichen Nutzung der Social Media getrennt werden kann. Unserer Einschätzung nach ist diese Trennung mittlerweile nicht mehr sinnvoll. Auch in den Social Media werden redaktionell betreute Angebote eingebunden, allerdings oft selektiv und nach Maßgabe der in den Foren bestehenden politischen Orientierungen. In jedem Fall kommt es bei Intensivnutzern des Internets durch die Social Media verstärkt zu Feedback-Schleifen, auch wenn auf redaktionell betreute Angebote, vermittelt etwa durch Facebook-Gruppen, zurückgegriffen wird. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit ist nicht nur einer des Mediums, sondern auch einer der Nutzer*innen. Es unterscheidet sich die Nutzung des Internets von der Lektüre etwa einer Tageszeitung oder der Rezeption des Rundfunks. Trotzdem muss bei der Interpretation im Folgenden auf diese Schwierigkeiten bei der Differenzierung geachtet werden.

Tabelle 1:

Soziodemografische Merkmale in der Echokammer

	Echokammer (N=299)	Andere Mediennutzung (N=2.121)
Ostdeutsche	23,7 %	20,4 %
Westdeutsche	76,3 %	79,6 %
Wohnort Stadt*	64,5 %	57,1 %
Sozial depriviert*	23,6 %	18 %
Konfession**		
Evangelisch	22,2 %	36,3 %
Katholisch	28,6 %	32,6 %
Konfessionslos	44,1 %	26,8 %
Alter**		
14-39 Jahre	66,2 %	27,3 %
40-59 Jahre	27,4 %	38,4 %
Ab 60 Jahre	6,4 %	34,3 %
Geschlecht**		
Männer	53,5 %	43,5 %
Frauen	46,5 %	56,6 %
Berufstätigkeit**		
Berufstätig	58,2 %	54,7 %
Schüler/innen und Student/innen	22,9 %	7,4 %
Arbeitslose	9,8 %	5 %
Rentner/innen	5,1 %	29,7 %
Schulbildung**		
Volks- oder Hauptschule	17,4 %	32,1 %
Fachhochschulreife	48,2 %	42,9 %
Abitur (mit und ohne Studium)	12,5 %	21 %
Kein Schulabschluss	13 %	4 %
Haushaltseinkommen*		
< 1.250 €/Monat	23,5 %	18 %
1.250-2.500 €/Monat	44,6 %	43,7 %
> 2.500 €/Monat	31,8 %	38,4 %

Anmerkung: * = signifikante Unterschiede; Chi-Quadrat $p > .05$; ** = signifikante Unterschiede; Chi-Quadrat $p > .001$.
Quelle: Eigene Darstellung

Insgesamt berichten 12,4 Prozent, ausschließlich das Internet zur politischen Information zu nutzen. Die Ost-/West-Verteilung entspricht nahezu den tatsächlichen Bevölkerungsverhältnissen. Auffallend ist, dass deutlich mehr Konfessionslose unter den Internetintensivnutzern sind als in der restlichen Stichprobe. Da kein Ost-/West-Unterschied vorliegt, kann dies nicht der Grund für den hohen Anteil an Konfessionslosen in der Echokammer sein. Es finden sich mehr Angehörige der jüngeren Jahrgänge, weniger der mittleren Jahrgänge und kaum Ältere. Das begründet zum Teil auch den ebenfalls zu findenden höheren Anteil an Berufstätigen und Schüler*innen in der Echokammer (gegenüber Rentner*innen). Teilweise kann damit ebenfalls der geringere Anteil an Menschen mit Studium oder Abitur erklärt werden, denn der Anteil der Schüler*innen führt zu einer großen Gruppe von Menschen ohne Schulabschluss. Trotzdem fällt insgesamt der Anteil mittlerer Bildung gegenüber niedrigen und hohen formalen Abschlüssen auf. Entsprechend sind auch Angehörige unterer Einkommensgruppen in der Echokammer überrepräsentiert.

Es sind zudem deutlich mehr Männer unter den „Bewohner*innen“ der Echokammer, und es finden sich mehr Menschen mit sozialer Deprivation in dieser Gruppe. Bei den Tätigkeitsgruppen sind, neben dem schon erwähnten höheren Anteil an Berufstätigen und Schüler*innen, auch deutlich mehr Auszubildende und Arbeitslose zu finden als unter den anderen Mediennutzer*innen.

Tabelle 2:

Politische Einstellung in der Echokammer

	Echokammer (N=299)	Andere Mediennutzung (N=2.121)
Asylanträge sollten großzügig behandelt werden*	15,5 %	18,4 %
NS-Verharmlosung*	3,7 %	1,8 %
Sexistische Einstellung*	13,5 %	10,1 %
Verschwörungsmentalität*	37,9 %	32,7 %
Demokratie als Idee nicht befürwortet*	8,8 %	5,4 %
Unzufrieden mit der Demokratie in der Verfassung**	33,7 %	22,9 %
Unzufrieden mit der praktizierten Demokratie**	62,2 %	46 %
Ich wende selbst Gewalt an*	34,9 %	19,6 %

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung: * = signifikante Unterschiede; Chi-Quadrat $p > .05$; ** = signifikante Unterschiede; Chi-Quadrat $p > .001$
 Dargestellt werden nur signifikante Unterschiede.

Die politische Einstellung unterscheidet sich in einigen Punkten zwischen denjenigen, die sich ausschließlich über das Internet informieren und den Nutzer*innen anderer Medien. Beide Gruppen lehnen zwar genauso häufig oder selten Muslime, Sinti und Roma oder Homosexuelle ab (ohne Abbildung). Wer sich ausschließlich über das Internet informiert, zeigt allerdings seltener Solidarität mit Asylsuchenden. Die leicht größere Gruppe an manifest Rechtsextremen in der Echokammer (7,7 % gegenüber 5,1 %, ohne Abbildung) begründet jedoch keinen signifikanten Unterschied. Dafür findet sich aber ein signifikant größerer Anteil an NS-Verharmlosung und sexistisch Eingestellten. Auch die Verschwörungsmentalität ist in dieser Gruppe weiter verbreitet. Es fällt darüber hinaus auf, dass die Demokratie etwas weniger Befürworter in der Echokammer hat. Fast jeder Zehnte lehnt dort schon die Idee der Demokratie ab. Die Unzufriedenheit ist sehr hoch, nicht einmal die Hälfte derjenigen, die die Echokammer bevölkern, ist mit der demokratischen Praxis in Deutschland zufrieden. Interessanterweise finden sich aber trotzdem keine Unterschiede in der subjektiven politischen Deprivation zwischen den Gruppen (ohne Abbildung). Im Erleben der eigenen politischen Wirksamkeit besteht somit kein Unterschied zwischen den Menschen, die sich lediglich über das Internet informieren, und allen anderen Mediennutzer*innen. Die Gewaltakzeptanz ist in der Echokammer leicht höher, und die Bereitschaft, selbst Gewalt einzusetzen, ist deutlich weiter verbreitet.

Tabelle 3:

Parteianhänger in der Echokammer (N=299)

CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne	AfD	Piraten	Nichtwähler	Andere Partei	Weiß nicht
7,9 %	11,6 %	0,8 %	6,6 %	7 %	14 %	2,5 %	29,8 %	3,3 %	15,3 %

Quelle: Eigene Darstellung

Die Internetintensivnutzer*innen sind am häufigsten Nichtwähler*innen oder sind unsicher, welcher Partei sie den Vorzug geben sollen (siehe Tab. 3). Wird eine Parteipräferenz angegeben, dann fällt die Wahl am ehesten auf die AfD, gefolgt von der SPD. Alle anderen Parteien erreichen nur Zustimmungswerte von unter zehn Prozent der Befragten.

In der repräsentativen Demokratie und ihren Parteien finden sich somit relevante Teile dieser Internetintensivnutzer*innen derzeit offensichtlich nicht wieder. Wie stark auch ein Repräsentationsproblem durch andere Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates besteht, sich diese Vertrauensprobleme also auf die Gesellschaft ausweiten, ist daher eine wichtige Frage. Bei beiden Gruppen, denjenigen, welche sich ausschließlich im Internet informieren, und denjenigen mit anderem Medienverhalten, ist die Rangfolge des Vertrauens gleich ausgebildet

(siehe Tab. 4). Das größte Vertrauen genießen die Polizei und das Bundesverfassungsgericht; die Parteien und die Kirchen schneiden bei beiden Gruppen gleichermaßen schlecht ab.

Es zeigt sich aber deutlich, dass das Vertrauen bei denjenigen, die sich ausschließlich im Internet über das politische Geschehen informieren, signifikant niedriger ist als bei denjenigen, die auch auf andere Medien zurückgreifen (alle dargestellten Mittelwertsunterschiede sind statistisch signifikant). Es muss also davon ausgegangen werden, dass ein relevanter Anteil dieser Echokammer-Bewohner*innen Gefahr läuft, nicht mehr in das bestehende politische System integriert zu sein. Das Medium Internet stimuliert das Misstrauen in die Medien, auch in das Internet selbst. Dabei steigt die Verschwörungsmentalität, und es sinkt das Vertrauen in die repräsentative Demokratie, ihre Parteien und Institutionen.

Tabelle 4:
Vertrauen in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen (Mittelwerte der jeweiligen Kategorien)

Vertrauen in ...	Informationen ausschließlich im Internet (N=299)	Informationen auch aus anderen Medien (N=2.121)
Parteien	3,1	3,5
Kirchen	3,1	3,7
Bundesregierung	3,4	4
Bundestag	3,7	4,2
Gewerkschaften	3,9	4,2
Justiz	4,2	4,6
Bundesverfassungsgericht	4,6	5
Polizei	4,6	5

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung: Angegeben sind die Mittelwerte der jeweiligen Kategorien (1=gar kein Vertrauen; 7=sehr großes Vertrauen).
Alle Mittelwertsunterschiede signifikant, Levene-Test, $p > .001$.

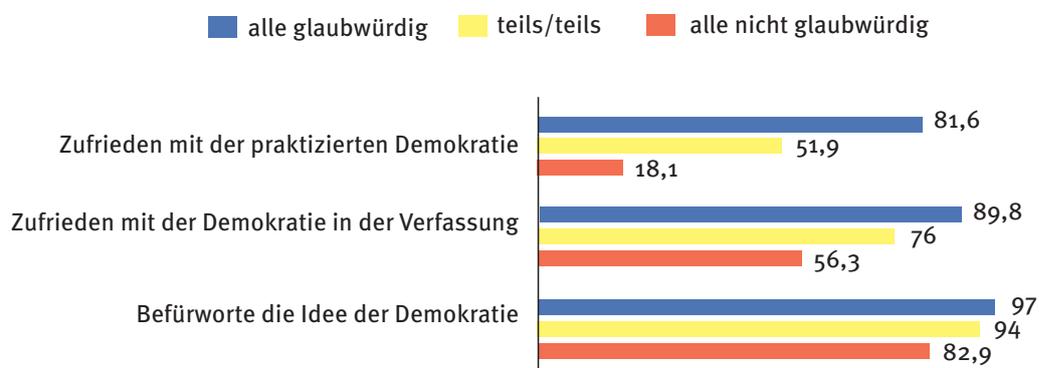
3.3 Polarisierung der Öffentlichkeit: Glaubwürdigkeit der Medien und öffentliches Vertrauen in verschiedenen Milieus

Dieses Ergebnis führt ins Zentrum der vorliegenden Untersuchung. Es stellt sich zunächst die Frage nach dem Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen und wie eng der Zusammenhang zur eingeschätzten Glaubwürdigkeit ist. Lässt sich die in der Leipziger „Mitte“-Studie 2016 (Decker/Brähler 2016) festgestellte Polarisierung und Radikalisierung der gesellschaftlichen Milieus in einen Zusammenhang mit der Polarisierung bei der Bewertung von Medien bringen?

Als ein Hinweis auf das öffentliche Vertrauen kann die Einschätzung der Demokratie bewertet werden. Es zeigen sich deutliche Unterschiede im Verhältnis zur Demokratie bei den Gruppen, die den Medien sehr viel („alle glaubwürdig“), differenziert („teils/teils“) oder gar keine („alle nicht glaubwürdig“) Glaubwürdigkeit zugestehen (siehe Abb. 19). Wer alle Medien für glaubwürdig hält, ist auch mit der praktizierten Demokratie überdurchschnittlich zufrieden, wer der medialen Öffentlichkeit nicht traut, ist auch mit der Demokratie nicht zufrieden. Die Zustimmung zur verfassungsmäßigen Grundlage der Demokratie ist von diesem Einfluss nicht vollständig frei, allerdings sind die Differenzen hier nicht so ausgeprägt. Anders sieht es dagegen bei der Zufriedenheit mit der Idee der Demokratie aus, die auch für jene mit hohem Misstrauen gegenüber den Medien weitestgehend zufriedenstellend ist.

Abbildung 19:

Zufriedenheit mit der Demokratie und Glaubwürdigkeit der Medien in %



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung: N (alle glaubwürdig) = 185, N (teils/teils) = 1.766, N (alle nicht glaubwürdig) = 141.

Tabelle 5:
Öffentliches Vertrauen/Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen

Institution	Mittelwert des Vertrauens
Politische Parteien	3,5
Kirchen	3,7
Bundesregierung	3,9
Bundestag	4,2
Gewerkschaften	4,2
Justiz	4,5
Bundesverfassungsgericht	4,9
Polizei	4,9

Quelle: Eigene Darstellung.
Anmerkung: Angegeben sind die Mittelwerte der jeweiligen Kategorien (1=gar kein Vertrauen; 7=sehr großes Vertrauen).

Das Vertrauen, das die Menschen den Institutionen der Gesellschaft entgegenbringen, fällt 2016 im Mittelwert höher aus als noch 2006 (vgl. Decker et al. 2016, siehe Tab. 5). Das geringste Vertrauen bringen die Menschen den politischen Parteien entgegen, gefolgt von den Kirchen. An der Spitze der vertrauenswürdigen Institutionen steht das Bundesverfassungsgericht, gleichauf mit der Polizei.

Um nun den Einfluss der Glaubwürdigkeit der Medien auf das öffentliche Vertrauen zu bestimmen, wird berechnet, wie eng der Zusammenhang zwischen Glaubwürdigkeit der Medien und dem Vertrauen in öffentliche Institutionen ist.⁷ Die abgefragten Institutionen laufen von der Exekutive (Polizei, Bundesregierung), Legislative (Bundestag) und Judikative (Bundesverfassungsgericht, Justiz) bis zu zivilgesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen) und den politischen Parteien. Es zeigen sich deutliche, mittelstarke Zusammenhänge zwischen der Glaubwürdigkeit der Medien und dem Vertrauen in diese öffentlichen Institutionen. Interessanterweise ist der Zusammenhang aber unterschiedlich stark ausgeprägt. Der Zusammenhang

⁷ Die Berechnung des Zusammenhangs erfolgt über die Bestimmung des Korrelationskoeffizienten. Bei einer Korrelation wird die Stärke des Zusammenhangs von zwei Merkmalen bestimmt, im vorliegenden Fall also, wie eng Glaubwürdigkeit mit dem Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen zusammenhängt. Ein Wert von $r = 1$ bedeutet, dass die Stärke des einen Merkmals mit einer starken Ausprägung des anderen Merkmals einhergeht. Werte bis $r = .3$ werden als ein schwacher Zusammenhang interpretiert, bis $r = .8$ als ein mittlerer Zusammenhang. Alle darüberliegenden Werte gelten als ein starker Zusammenhang. Die Ergebnisse der Berechnung können bei den Autoren angefordert werden.

von Vertrauen in die Polizei und der Glaubwürdigkeit der Medien ist am schwächsten ausgebildet – das heißt, Menschen können die Medien für völlig unglaubwürdig halten und gleichzeitig ein hohes Vertrauen in die Polizei an den Tag legen (und umgekehrt). Ähnlich verhält es sich bei den Kirchen, allerdings ist das ihnen entgegengebrachte Vertrauen grundsätzlich eher schwach. Während das Vertrauen in Polizei, Kirchen und das Bundesverfassungsgericht von der Einschätzung der Glaubwürdigkeit der Medien unabhängiger ist, hängt das Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie (Parteien, Bundestag, Bundesregierung) deutlich stärker mit der Glaubwürdigkeit der Medien zusammen. Gewerkschaften und Justiz nehmen eine Mittelposition ein. Gerade der hohe Zusammenhang zwischen der Glaubwürdigkeit der Medien und dem Vertrauen in zentrale Institutionen der repräsentativen Demokratie (Bundesregierung, Bundestag und Parteien) macht jedoch den Stellenwert von glaubwürdigen Medien für das öffentliche Vertrauen deutlich und unterstützt die zu Beginn dargestellten theoretischen Erwartungen hinsichtlich der Wechselwirkungen beider Sphären.

Die Bewertung der Glaubwürdigkeit von Medien hängt aber nicht nur damit zusammen, ob sie tatsächlich wahrheitsgemäß berichten. Bereits das gemeinsame Auftreten von Chauvinismus und einer positiven Bewertung von Tageszeitungen machte deutlich, dass noch etwas anderes hinzutritt. Die wahrgenommene Glaubwürdigkeit hat auch etwas mit sozialen Normen der Eigengruppe zu tun, die in unterschiedlichen Medien unterschiedlich stark geteilt und wiedergefunden werden. In gesellschaftlichen Konfliktsituationen werden häufig die Normen der eigenen Gruppe besonders betont und ihre Einhaltung nachdrücklicher gefordert als unter „Schönwetterbedingungen“ – die Akzeptanz von Pluralität nimmt ab (Fritsche et al. 2017). Diese Beschreibung kennzeichnet die Lage in einigen sozialen Milieus in den letzten zehn Jahren. Das war ein zentraler Befund der Leipziger „Mitte“-Studie 2016, und er lässt sich hier mit zwei Begriffen wiedergeben: Gegenwärtig ist die politische Situation durch eine Polarisierung der politischen Milieus geprägt, und gleichzeitig kann eine Radikalisierung rechtsautoritärer Milieus festgestellt werden (Decker/Brähler 2016).

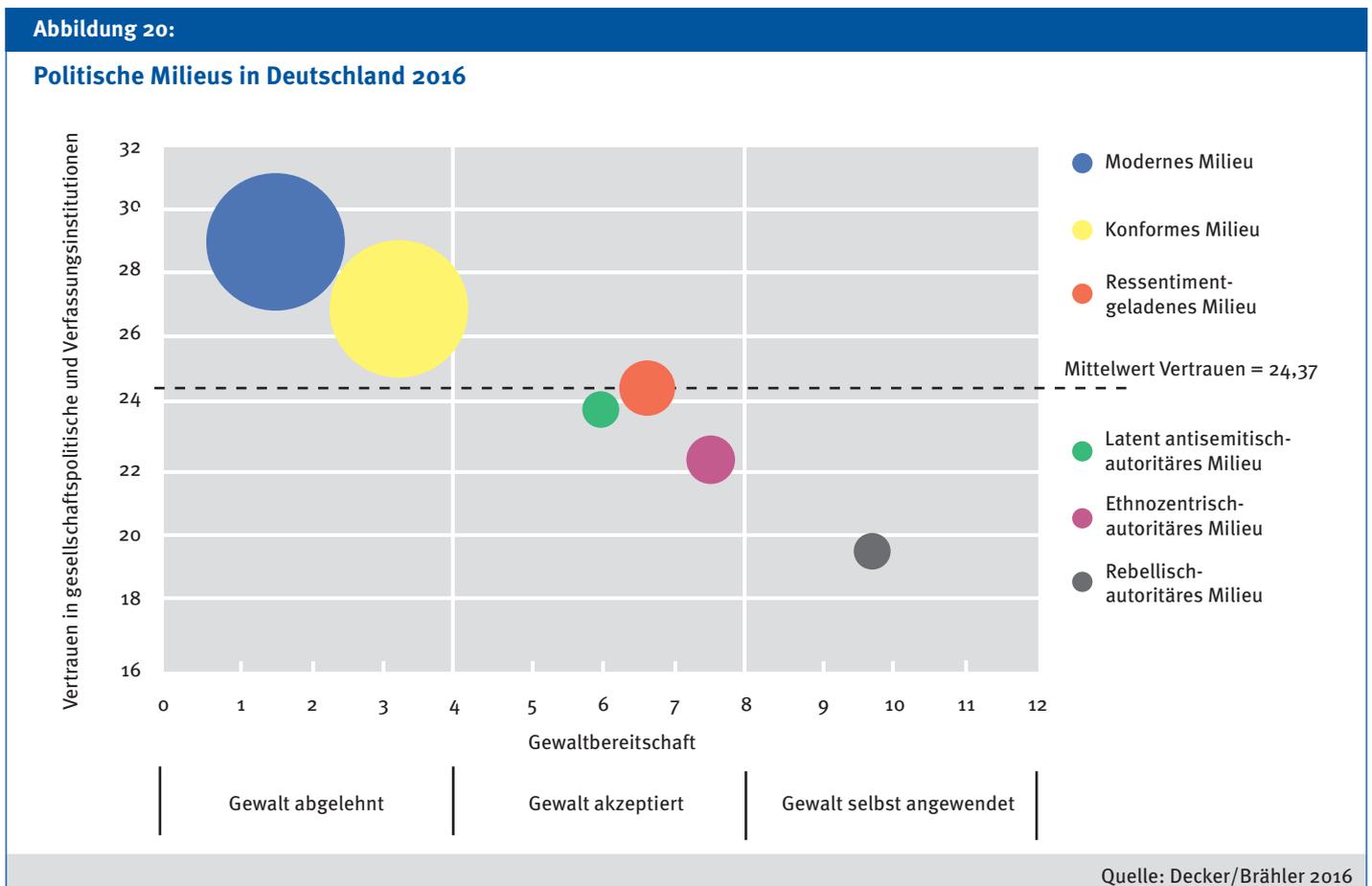
So hat sich die Gewaltbereitschaft und -akzeptanz bei autoritär Eingestellten erhöht, und die AfD konnte in den rechtsautoritären Milieus Fuß fassen. Wählten rechtsextrem Eingestellte bei der Bundestagswahl 2013 noch zum Großteil SPD und CDU, so hat sich mit der AfD inzwischen eine politische Partei formiert, die diese Menschen – diskursive Möglichkeitsfenster wie die Euro-Krise und die Aufnahme von Geflüchteten geschickt ausnutzend (Häusler 2016) – mobilisiert. Diese Polarisierung und Radikalisierung führt dabei zu einer regelrechten Bewegung von rechts (Häusler 2008; Liske/Präkels 2015; Mense/Schubert/Wiedemann 2016). Die meistdiskutierte Gruppierung war dabei unzweifelhaft Pegida (Geiges/Marg/Walter 2015; Kiess 2015). Darüber hinaus sind in diesem Zusammenhang die AfD, neurechte Theoretiker etwa um das Institut für Staatspolitik, Organe wie das *Compact*-Magazin und zum

Teil rechtsextreme „Friedens“-Mahnwachen (Daphi et al. 2014) aus dem verschwörungstheoretischen Milieu zu nennen.

Vor dem Hintergrund dieser Polarisierung stellt sich die Frage, ob sich die Polarisierung auch in der Glaubwürdigkeit niederschlägt, die die Medien in den Milieus haben. Die eingangs berichteten Untersuchungen weisen ja sogar eine deutlich gewachsene Glaubwürdigkeit aus. Lässt sich dieser Befund über alle politischen Milieus in der Bundesrepublik hinweg feststellen oder liegen Unterschiede vor?

Abbildung 20 zeigt die sechs politischen Milieus, die entlang ihrer Antworten im Rechts-Extremismusfragebogen gebildet worden sind. Ihre Position im politischen Feld wird in der Grafik entlang des öffentlichen Vertrauens (vertikal) und der Gewaltbereitschaft (horizontal) bestimmt. Die horizontale gestrichelte Linie in Abbildung 20 zeigt den Mittelwert des öffentlichen Vertrauens.

Es wurden insgesamt sechs politische Milieus beschrieben: zwei demokratische, drei anti-demokratisch-autoritäre Milieus und ein ressentimentgeladenes Milieu. Im Jahr 2016 lebten im modernen Milieu mit 30,6 Prozent und im konformen Milieu mit 29,3 Prozent, also in den demokratischen Milieus, die Mehrheit der Menschen. Das ressentimentgeladene Milieu ist mit



einer Stärke von 14,1 Prozent das drittgrößte, die drei antidemokratisch-autoritären Milieus sind dagegen deutlich kleiner und haben gegenüber früheren Untersuchungen auch an Größe verloren (vgl. Decker/Brähler 2016: 106): Das latent-antisemitische Milieu umfasst 8,4 Prozent, das ethnozentrisch-autoritäre Milieu 10,3 Prozent und das rebellisch-autoritäre Milieu 7,3 Prozent der Befragten. Waren vor zehn Jahren noch mehr als 73 Prozent der Bevölkerung diesen Milieus zuzuordnen und nur 36,9 Prozent den demokratischen Milieus, hat sich das Verhältnis nun nahezu umgekehrt. 60 Prozent der Bevölkerung sind nun in demokratischen Milieus beheimatet, während die anderen Milieus heute „nur“ noch 40 Prozent der Bevölkerung binden. Die antidemokratischen Milieus lassen sich für beide Zeitpunkte hinsichtlich dreier Merkmale unterteilen:

- starke Vorurteile (manifest/latent),
- vergleichsweise große Bereitschaft zur autoritären Aggression und Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen (horizontale Achse in Abb. 20),
- besonders ausgeprägter Verlust von Vertrauen in das demokratische System (vertikale Achse in Abb. 20).

Das moderne Milieu und konforme Milieu zeichnen sich aus durch:

- sehr hohes öffentliches Vertrauen (vertikale Achse in Abb. 20),
- deutlicher Anstieg des politischen Wirksamkeitserlebens in den letzten zehn Jahren,
- Ablehnung von Gewalt als Mittel der Durchsetzung von Interessen (horizontale Achse in Abb. 20).

Hier ist nun die Frage interessant, welcher Zusammenhang zur Mediennutzung existiert und welche Glaubwürdigkeit die Medien in den politischen Milieus genießen (siehe Abb. 21). In allen Milieus spielt die Boulevardpresse fast keine Rolle, wenn Informationen zur Politik gesucht werden. Dagegen liest in allen Milieus mindestens jede*r Zweite eine Tageszeitung oder nutzt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Unterschiede lassen sich nur in der Verbreitung feststellen. Im modernen Milieu finden wir die größte Gruppe von Konsumenten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Während mehr als die Hälfte auch eine Tageszeitung liest, spielt der private Rundfunk bei der Information über das politische Geschehen in diesem Milieu nur eine kleine Rolle. Interessant ist, dass im modernen Milieu und im rebellisch-autoritären sowie im ethnozentrisch-autoritären Milieu das Internet am häufigsten zur Information genutzt wird. Dabei zeigen sich aber Differenzen, die es gestatten, den Befund zur Echokammer zu vertiefen (siehe auch Kapitel 3.2). In unterschiedlich starkem Maße werden in den autoritären Milieus öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Tageszeitungen für die Information genutzt. Einheitlich ist aber, dass deren Anteil geringer ausfällt als bei den demokratischen Milieus. Am deutlichsten

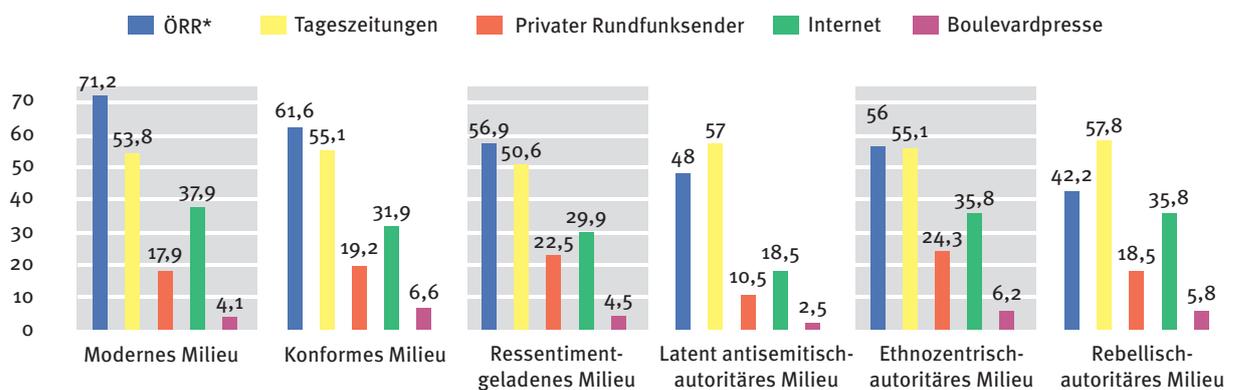
kann das im Kontrast des modernen Milieus zum rebellisch-autoritären Milieu beobachtet werden. Nicht die Häufigkeit der Internetnutzung steht in Zusammenhang mit der politischen Einstellung, so kann ein erstes Ergebnis festgehalten werden, sondern die Prominenz des Internets im Verhältnis zu anderen Informationsquellen.

Allerdings sagt diese Nutzung noch nicht viel über die Glaubwürdigkeit aus, die die Medien in den jeweiligen politischen Milieus genießen. Im modernen Milieu, dem Milieu mit dem höchsten öffentlichen Vertrauen (siehe Abb. 20), finden wir auch die wenigsten Menschen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Tageszeitungen für unglaubwürdig halten. Diese Hauptquellen für eine Teilhabe am politischen Leben gelten den Angehörigen dieses Milieus also überwiegend als glaubwürdig. Das gilt allerdings nicht für den privaten Rundfunk und mit Abstand auch nicht für das Internet. Die wichtigste Funktion, Vertrauen zu schaffen und damit zur Integration dieses Milieus in das politische System beizutragen, liefern die klassischen Medien.

Nahezu identisch verhält es sich im konformen Milieu. Trotz des etwas höheren Anteils an misstrauischen Menschen gegenüber den klassischen Medien Tageszeitung und öffentlich-rechtlicher Rundfunk üben diese Medien auch hier ihre zentrale Funktion der Herstellung von öffentlichem Vertrauen aus (siehe Abb. 23).

Abbildung 21:

Genutzte Medien in den politischen Milieus in % (Mehrfachnennung möglich)

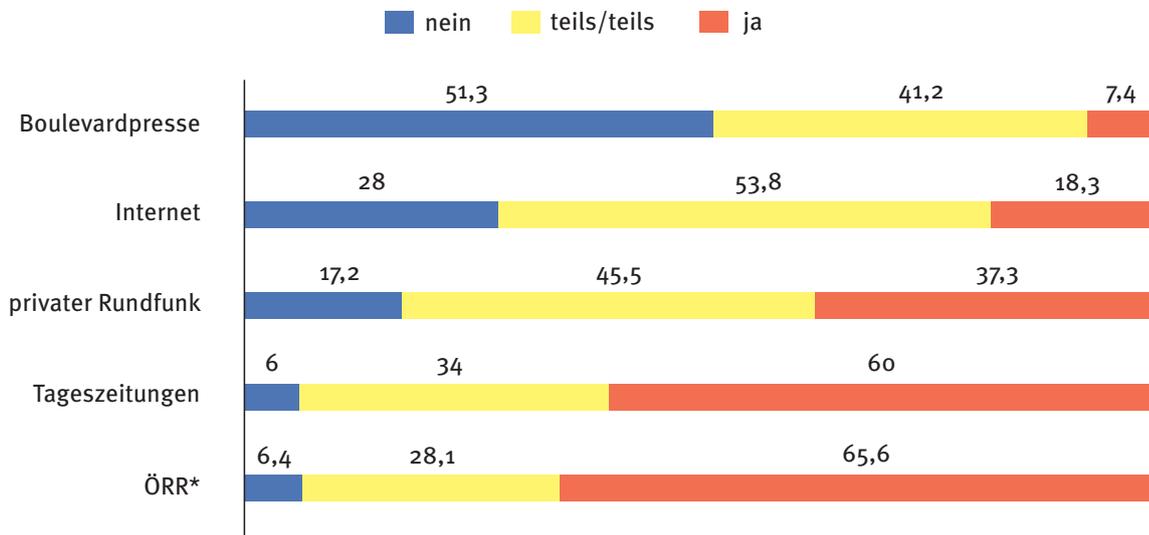


*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N = 2.420.

Abbildung 22:

Glaubwürdigkeit der Medien im modernen Milieu in %

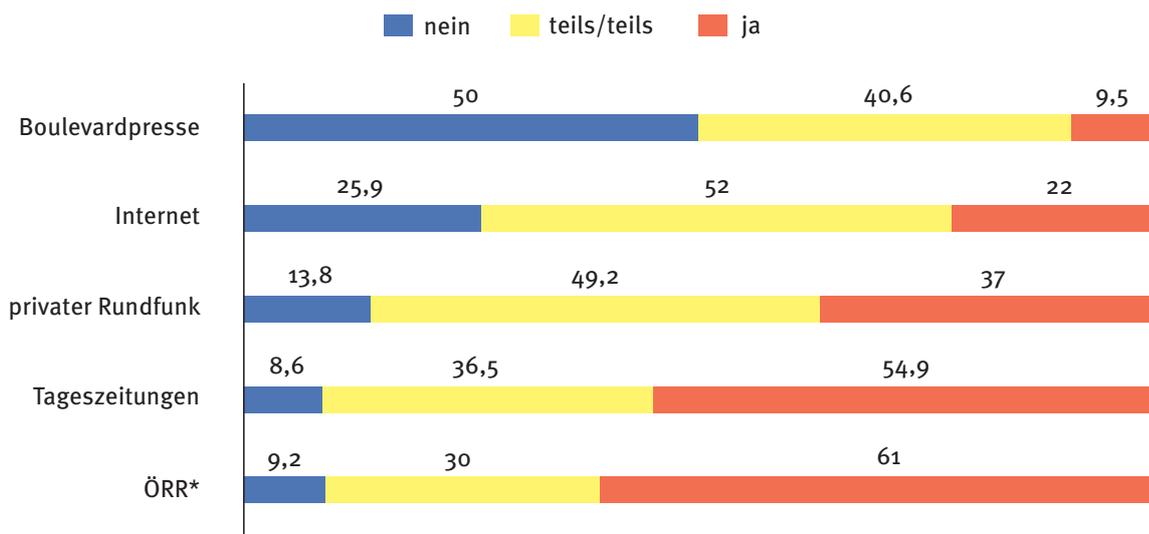


*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N = 725.

Abbildung 23:

Glaubwürdigkeit der Medien im konformen Milieu in %



*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N = 693.

Im ressentimentgeladenen Milieu hält nur etwas mehr als jeder Dritte Tageszeitungen und öffentlich-rechtlichen Rundfunk für glaubwürdig. Und dies gilt in diesem Milieu für alle Medien. Nur um die 30 Prozent der Menschen halten sich für zuverlässig informiert. Dieser Befund fällt auf. Auch in diesem Milieu besteht ein unterdurchschnittliches öffentliches Vertrauen, aber im Vergleich zu den anderen autoritär-antidemokratischen Milieus ist es doch etwas größer (siehe Abb. 24). Es zeigen sich hier wahrscheinlich Nachwirkungen des in diesem Milieu vor einigen Jahren deutlich höheren Niveaus des Vertrauens. 2006 war dieses Milieu noch die Gruppe mit dem größten öffentlichen Vertrauen (vgl. Decker/Brähler 2016: 106). In Relation zu diesem Ausgangswert ist nun ein deutlich größeres Misstrauen festzustellen.

Dieses höhere Ausgangsniveau war 2006 bei den drei folgenden Milieus definitiv nicht anzutreffen, und es besteht auch 2016 ein gegenüber anderen Milieus deutlich unterdurchschnittliches öffentliches Vertrauen. Dies lässt im latent-antisemitischen Milieu jedoch einen Befund auffällig erscheinen: Interessanterweise ist die Glaubwürdigkeit der Tageszeitungen stärker ausgeprägt und die Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks so häufig anzutreffen wie im konformen Milieu (siehe Abb. 25). Wie bereits bei der Interpretation des vorgefundenen stärkeren Chauvinismus bei denjenigen, die die Tageszeitungen glaubwürdig finden, kann dieser Befund nicht ungeachtet des Inhalts interpretiert werden. Es bleibt hier notwendigerweise spekulativ, man könnte aber argumentieren, dass die genutzten Tageszeitungen und die Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit den Normen des latent-antisemitischen Milieus nicht durchgängig in Konflikt geraten – um dieser Behauptung nachzugehen, bedürfte es einer tiefergehenden Analyse.

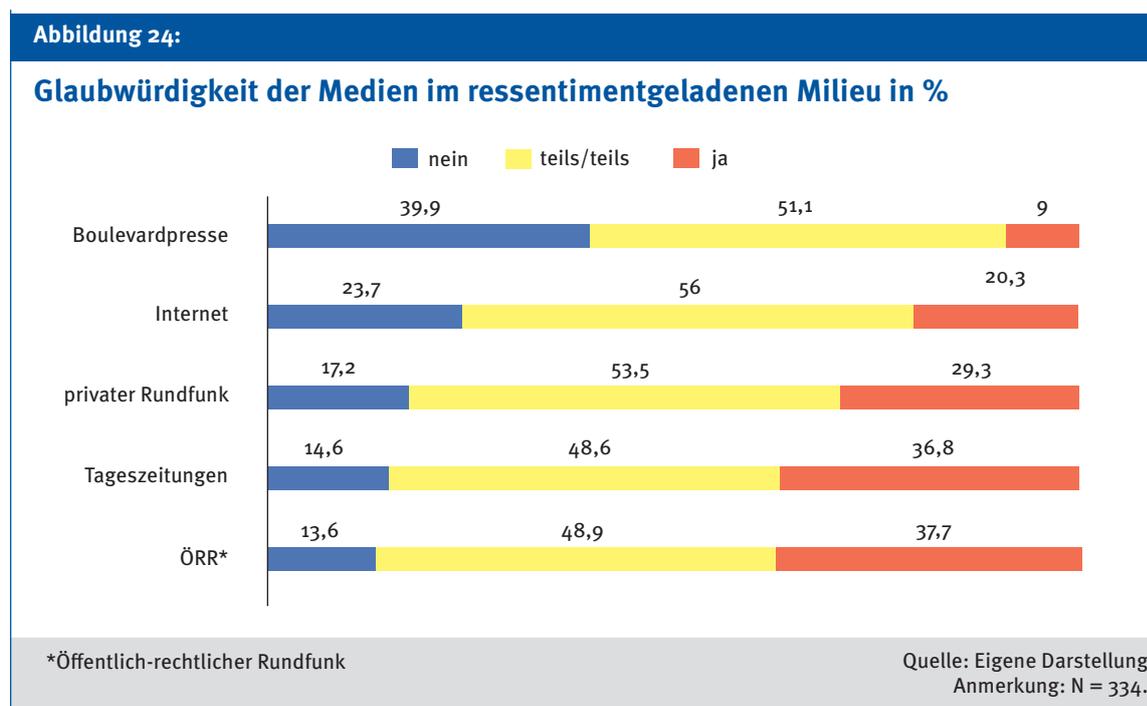
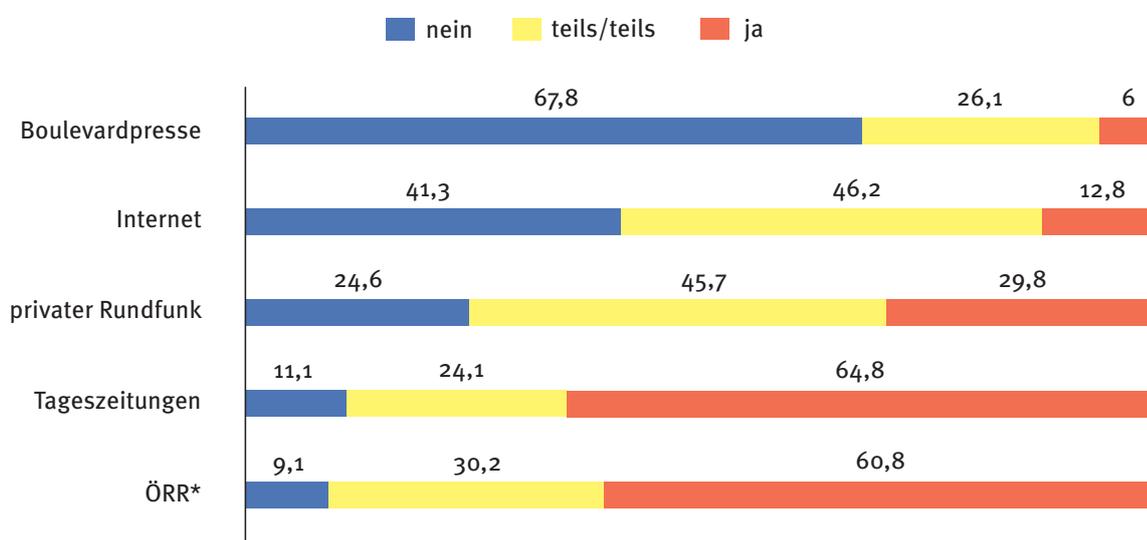


Abbildung 25:

Glaubwürdigkeit der Medien im latent-antisemitischen Milieu in %



*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

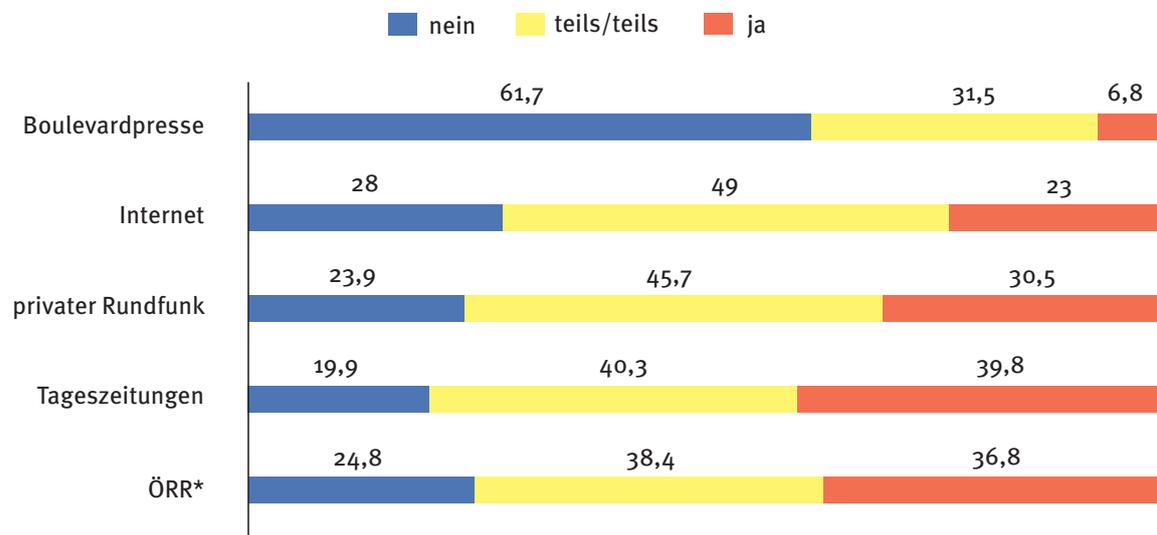
Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N = 200.

Während das ressentimentgeladene Milieu noch verhältnismäßig gut integriert ist, aber den Medien weniger glaubt, ist das latent-antisemitische Milieu bei einem ebenfalls leicht unterdurchschnittlichen öffentlichen Vertrauen mit einem gleichzeitig stärkeren Glauben an die Medien ausgestattet. Das Internet schneidet in diesen Milieus hinsichtlich der Glaubwürdigkeit jedoch ebenfalls generell schlecht ab.

Bei den beiden Milieus, in welchen ein sehr niedriges, weit unterdurchschnittliches öffentliches Vertrauen besteht, finden wir die Annahme zur Funktion der Medien als vertrauensschaffende und Vertrauen voraussetzende Institution vollständig bestätigt. Im ethnozentrisch-autoritären Milieu wird den Tageszeitungen am ehesten Glaubwürdigkeit zugestanden, aber auch diesem Medium schenken nicht einmal 40 Prozent Glauben (siehe Abb. 26). Das Misstrauen ist groß, nicht nur gegenüber Tageszeitungen und öffentlich-rechtlichem Rundfunk, sondern auch gegenüber dem Internet. Noch weniger Zugang zu für sie glaubwürdigen Informationen finden nur die Angehörigen des rebellisch-autoritären Milieus (siehe Abb. 27). Dort findet nur noch jeder Dritte ein Medium, das für glaubwürdig gehalten wird. In diesem Milieu ist das Misstrauen so ausgeprägt wie in keinem anderen. Der Befund fügt sich entsprechend den Vorannahmen sehr gut zum schwächsten öffentlichen Vertrauen.

Abbildung 26:

Glaubwürdigkeit der Medien im ethnozentrisch-autoritären Milieu in %

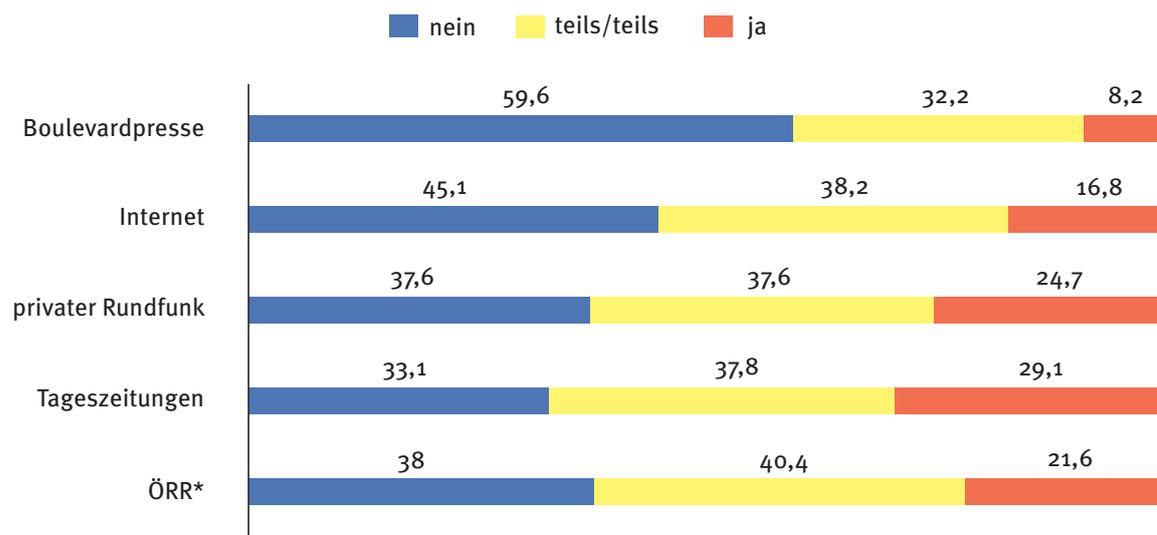


*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N = 243.

Abbildung 27:

Glaubwürdigkeit der Medien im rebellisch-autoritären Milieu in %



*Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Quelle: Eigene Darstellung
Anmerkung: N = 173.

4 Diskussion und Schlussfolgerungen

Was haben die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Arbeit nun gezeigt? Zunächst: Die meisten Menschen nehmen an der demokratischen Öffentlichkeit teil, sie nutzen die Breite des Medienangebots und gestehen den angebotenen Nachrichten und Berichterstattungen grundsätzlich Glaubwürdigkeit zu. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Tageszeitungen können sich bestärkt fühlen, ihren Informationsauftrag aus der Sicht der meisten ihrer Nutzer*innen glaubwürdig zu erfüllen. Deren Anteil ist umso größer, je mehr die Menschen durch den Konsum mehrerer Medienkanäle diese miteinander abgleichen können. Aus diesem Kreis bildet sich die kritische Öffentlichkeit als notwendiges Element einer Demokratie.

Im Folgenden werden die Kernergebnisse der einzelnen Kapitel referiert, bevor mögliche Konsequenzen aus den Ergebnissen der Studie aufgezeigt werden.

Nutzung und Glaubwürdigkeit der Medien

Es lassen sich in Verbindung mit soziodemografischen Merkmalen deutliche Unterschiede in der Mediennutzung und in der Glaubwürdigkeit der Medien finden. Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen auch mehr als 25 Jahre nach dem Mauerfall immer noch deutliche Unterschiede, nicht nur auf der Einstellungsebene, sondern auch hinsichtlich der Nutzung von Medien. Unter Westdeutschen finden sich deutlich mehr Leser*innen von Tageszeitungen, während der Anteil der Mischnutzer von Tageszeitungen und Rundfunk sowie der Internetnutzung unter Ostdeutschen verbreiteter ist. Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Tageszeitungen in Ostdeutschland deutlich geringer eingeschätzt als in Westdeutschland. Mit 41 Prozent (Tageszeitung) und 45,2 Prozent (öffentlich-rechtlicher Rundfunk) halten weniger als die Hälfte der Ostdeutschen diese Medien für glaubwürdig. Im Westen schenken 54 Prozent bzw. 55,7 Prozent ihnen Glauben. Unterschiede bestehen aber auch hinsichtlich weiterer soziodemografischer Merkmale. Menschen mit höherer Bildung neigen eher dem Internet zur Informationsbeschaffung zu, während Menschen mit niedrigerer Bildung etwas häufiger Tageszeitungen konsumieren. Dieser Unterschied findet sich auch zwischen Altersgruppen wieder. Ältere meiden eher das Internet und lesen mehr Tageszeitungen. Ein Viertel der unter 40-Jährigen nutzt ausschließlich das Internet zur politischen Information. Mit Blick auf die Chancengleichheit beim Zugang zur Öffentlichkeit fällt die geringere Anzahl an Konsumenten von Tageszeitungen in den unteren Einkommensgruppen auf. Darüber hinaus hegen Arbeitslose ein deutlich höheres Misstrauen gegenüber der medialen Öffentlichkeit. Auch die subjektive Deprivationserfahrung hängt eng mit mangelnder Glaubwürdigkeit der Medien zusammen. Bei den Parteianhängern findet sich unter den Wähler*innen der AfD die

größte Gruppe ohne Glauben an die Berichterstattung. Fast 32 Prozent schenken keinem Medium mehr Glauben. Eine ähnlich große Gruppe findet sich auch unter den Nichtwähler*innen (27,7%). Dabei muss insbesondere die letzte Gruppe einer Demokratie Sorgen bereiten: Diese Personen haben sowohl die Teilhabe als auch die Teilnahme an wesentlichen Elementen der demokratischen Gesellschaft aufgegeben.

Wer allerdings den Berichterstattungen in Tageszeitungen, privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk Glauben schenkt, der ist auch mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Das ist der deutlichste Zusammenhang und markiert auch die zentrale Funktion der Medien in der repräsentativen Demokratie. Eine Reihe von anderen Merkmalen ist denjenigen gemeinsam, die diesen Medien glauben: Sie lehnen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ebenso ab wie die Verharmlosung des Nationalsozialismus und eine rechtsautoritäre Diktatur. Im Kontrast dazu finden sich bei denjenigen, die dem Internet Glauben schenken, eher Gewaltbereitschaft und NS-Verharmlosung. Diese beiden Merkmale hat die Gruppe mit jenen gemeinsam, die der Berichterstattung in den Boulevardmedien glauben. Dies ist auch interessant, weil sie sich in der Altersstruktur unterscheiden: Internetnutzer sind jünger, Boulevardkonsumenten älter.

Die Bewohner der Echokammer: Strukturwandel der Öffentlichkeit und Internet

Dieser letzte Befund zeigte bereits, dass das Internet für eine dialogische Demokratie nicht nur Chance, sondern auch Herausforderung ist. Nutzer*innen klassischer Medien können, indem sie Informationen aus verschiedenen Medien nutzen, die so gewonnenen Informationen abgleichen und gewichten. Diese Form kritischer Öffentlichkeit führt zum öffentlichen Vertrauen. Wer das Internet zur politischen Information und Meinungsbildung nutzt, stößt auch dort auf unterschiedliche Inhalte und Medienangebote. Zur Verfügung stehen neben Meinungsforen ebenso redaktionell betreute Angebote. Die Notwendigkeit, Informationen zu gewichten und Komplexität von Debatten und politischen Entwicklungen zu reduzieren, stellt im Alltag und bei der Breite lebensrelevanter Themen eine Herausforderung dar. Offensichtlich erschwert aber die Eigenlogik des Internets diese kritische Nutzung. Dies ist nicht nur durch die große Zahl an Informationen bedingt, sondern auch durch das Medium selbst. Die Oberfläche und Beschleunigung der Nachrichten belastet die kritische Lektüre der zahllosen Informationsangebote im Internet. Bei der Gruppe derjenigen, die sich ausschließlich im Internet informieren, zeigt dieser Prozess somit eine Wirkung, die für die Demokratie nicht unerheblich sein wird. Während sich hinsichtlich der meisten Einstellungsdimensionen keine Unterschiede zu anderen Mediennutzern zeigen, gibt es bei den reinen Internetnutzern doch eine Minderheit, die den Nationalsozialismus verharmlost, und etwa jeder sechste hat eine sexistische Einstellung.

Viel gravierender fallen jedoch andere Werte aus: Mit der praktizierten Demokratie sind in der Echokammer des Internets fast zwei Drittel unzufrieden, die Verfassung lehnt ein Drittel ab. Knapp 40 Prozent hängen Verschwörungstheorien an, und wiederum 35 Prozent ziehen Gewalt als Mittel der Interessenvertretung für sich selbst in Betracht. Der Anteil der sozial Deprivierten ist höher als sonst in der Bevölkerung. Eindrücklichstes Ergebnis ist, dass diejenigen, die die Echokammer bevölkern, nicht nur den klassischen Medien wenig glauben. Sie glauben zudem auch den Informationen aus dem Netz häufig nicht. Nur 35 Prozent halten für glaubwürdig, was sie dort an Informationen finden. Dass die Werte für die Glaubwürdigkeit von Tageszeitungen und Rundfunk bei ihnen noch niedriger ausfallen, muss beunruhigen, und tatsächlich würden die meisten der Internetintensivnutzer*innen nicht wählen gehen oder wissen nicht, wen sie wählen sollen. Gibt es eine Parteipräferenz, dann steht die AfD an erster Stelle. So ist es dann nicht mehr erstaunlich, dass sich in der Echokammer auch ein sehr niedriges öffentliches Vertrauen findet. Jede gesellschaftspolitische Institution, von den Parteien über die Gewerkschaften bis hin zur Polizei, findet weniger Vertrauen als in der restlichen Bevölkerung.

Polarisierung und Radikalisierung

Im letztgenannten Punkt findet sich die Grundannahme aus der Einleitung bestätigt: Öffentliches Vertrauen braucht Glaubwürdigkeit der Medien und Informationsquellen. Das zeigt sich auch in der Breite: Wer den Medien grundsätzlich Glauben schenkt, hat auch Vertrauen in die Institutionen.

In der Leipziger „Mitte“-Studie 2016 wurde eine starke Polarisierung und Radikalisierung beschrieben. Während in den demokratischen Milieus das Vertrauen in das demokratische Gemeinwesen in den letzten Jahren gewachsen ist, radikalisierten sich die schrumpfenden rechtsautoritären Milieus. Diese Dynamik lässt sich auch bei der Untersuchung der Mediennutzung feststellen. Wie bei politischen Inhalten und demokratischen Grundwerten so ist auch bei der Glaubwürdigkeit eine starke Polarisierung zwischen den Positionen festzustellen. Während eine Mehrheit der Bevölkerung der medialen Berichterstattung grundsätzlich glaubt und entsprechend auch Vertrauen gegenüber den gesellschaftspolitischen Institutionen zeigt, stellt sich das Bild in den rechtsautoritären politischen Milieus differenzierter dar.

Im ressentimentgeladenen Milieu (14,1 %) ist die Glaubwürdigkeit der Medien zwar gering ausgeprägt, für unglaubwürdig hält die Tageszeitungen und den Rundfunk jedoch nur jedes sechste Mitglied. Die größte Gruppe ist unentschieden. Dieses Milieu ist andererseits vertrauensvoll gegenüber den Institutionen; es ist noch von einer relativen Teilhabe und Akzeptanz des demokratischen Systems geprägt. Hier wirkt wahrscheinlich das hohe Ausgangsniveau des Vertrauens von vor zehn Jahren nach (vgl. Decker/Brähler 2016). Mit umgekehrtem Vorzeichen

stellt sich die Lage im latent-antisemitischen Milieu dar. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Tageszeitungen gelten hier als sehr glaubwürdig, während das Vertrauen in gesellschaftspolitische Institutionen gering ist.

Im ethnozentrisch-autoritären und rebellisch-autoritären Milieu ist das Vertrauen in die gesellschaftspolitischen Institutionen niedrig, die Gewaltbereitschaft aber sehr hoch. Zusammengefasst leben immer noch 17,6 Prozent der Bevölkerung in diesem politischen Umfeld. Es zeigt sich nun, dass die Mitglieder dieser drei Milieus auch zu denen gehören, die den Medien selten oder gar keinen Glauben schenken. Im rebellisch-autoritären Milieu ist es gerade einmal ein Viertel, das der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch traut (ein Drittel glaubt den Tageszeitungen). Es kann nicht beruhigen, dass die Glaubwürdigkeit des Internets in diesem Milieu noch geringer eingeschätzt wird, denn dieser Teil der Bevölkerung hat sich von der repräsentativen Demokratie längst abgewendet.

Schlussfolgerungen

Im Idealfall zeichnet die repräsentative Demokratie eine Besonderheit aus: Bei der Entscheidungsfindung in den Parlamenten sind die Abgeordneten mit einem gewissen Freiraum ausgestattet. Sie sind in ihrem Handeln nicht durch einen bindenden Auftrag ihrer Wähler*innen festgelegt, viel mehr wird dessen Ergebnis durch politische Aushandlungsprozesse bestimmt. Politische Positionen treffen in der Arena zwar im Widerstreit aufeinander, verlassen diese dann aber als Kompromiss. Diese Angleichungs- und Aushandlungsprozesse benötigen Voraussetzungen, die keinesfalls immer gegeben sind.

Die Interessen müssen in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit gleichermaßen gleichberechtigt artikuliert und vertreten werden können. Für die dann gefundenen Kompromisse brauchen die Parlamente am Ende die Akzeptanz der von ihnen Repräsentierten. Wähler*innen akzeptieren Kompromisse natürlich nicht automatisch deshalb, weil die Entscheidungsfindung transparent ist. Aber ohne Transparenz kann eine politische Entscheidung in der Demokratie auf Dauer nicht bestehen, die Demokratie selbst würde ausgehöhlt. Dies gilt im Übrigen nicht nur für die parlamentarischen Abläufe, sondern für alle Bereiche auch der Exekutive und Judikative. In der Demokratie erfolgt deshalb die Legitimation von Entscheidungen nicht zuletzt durch mediale Vermittlung.

Die Medien jedoch stehen unter Druck, das konnte unsere Untersuchung zeigen. Dies keinesfalls deshalb, weil die Medien in weiten Teilen der Bevölkerung an Glaubwürdigkeit verloren hätten. Im Gegenteil, der Glaubwürdigkeitsvorsprung ist hoch – das ist der positive Befund. Unter Druck stehen die Medien und damit das öffentliche Vertrauen durch eine starke politische Polarisierung. Wenn auch nicht alle Bürger*innen den Medien die Glaubwürdigkeit absprechen:

Es existiert eine relevant große Gruppe, die den Medien mit ebenso großem Misstrauen begegnet, wie sie das Vertrauen in die Demokratie verloren hat.

Unsere Untersuchung konnte Hinweise dafür liefern, dass auch der Wandel der Öffentlichkeit den Druck auf die Demokratie erhöhen wird. Nicht nur, weil sich mit dem Internet bei den Jüngeren die Informationssuche zunehmend ins Virtuelle verlagert und damit klassische Medien unter Druck geraten. Das Medium Internet scheint auch das Misstrauen der Nutzer*innen zu erhöhen.

Es gilt daher, Ansatzpunkte zum Handeln zu suchen. Sie stehen an verschiedenen Stellen zur Verfügung. In der repräsentativen Demokratie existieren auch andere Wege, um öffentliches Vertrauen herzustellen. Öffentlichkeit kann neben der oder zusätzlich zur medialen Vermittlung zustande kommen, etwa in direkten Gesprächen der Parlamentarier*innen in ihren Wahlkreisen. Das bedeutet aber auch, dass die Zahl der Parlamentsangehörigen einen solchen Austausch zulassen muss. Ihre Zahl sollte folglich nicht reduziert werden. Gebietskörperschaften sollten nicht immer weiter vergrößert werden, sondern im Alltag, etwa in den Kommunen, die Erfahrung der Teilhabe und Teilnahme ermöglichen. Darüber hinaus können alle Formen, die als Forum der Artikulation von Interessen fungieren, als Alternativen zu einer medialen Vermittlung dienen – etwa außerparlamentarische Bewegungen oder Bürgerinitiativen.

Spätestens an diesem letzten Punkt wird aber deutlich, dass eine demokratische Öffentlichkeit zwingend Menschen braucht, die ihren Interessen eine Stimme geben – und die dies im Bewusstsein tun, dass eine Demokratie selbst bei gegensätzlichen Interessen ohne Anerkennung der Position des Anderen nicht lebensfähig ist. Das gilt ebenso für die mediale Öffentlichkeit. Auch sie setzt sich zusammen aus zwei Seiten: dem Sender und dem Empfänger. Ohne eine glaubwürdige Presse kann ein öffentlicher Austausch nicht zustande kommen, ohne kritische Leserschaft auch nicht. Dafür sind die Instrumente des Interessenausgleiches in der Demokratie zu fragil.

Das bedeutet zum einen, dass den Medien als Korrektiv der politischen Repräsentanten durchaus selbst auf die Finger geschaut werden muss. Am vielfältigsten war die Medienlandschaft in den 1960er und 1970er Jahren, als die Politisierung den kritischen Blick vieler geschärft hatte. Zum anderen haben jene Demonstrant*innen, die den Medienvertreter*innen „Lügenpresse!“ entgegenrufen, offensichtlich keinen Begriff davon, wie sehr ihr Denken bereits antidemokratisch ist: So richtig die Kritik ist, dass manche Interessen in der Gesellschaft es oft leichter haben, sich Gehör zu verschaffen, so falsch ist der Schluss, es müsse endlich mal jemand das eine „Volksinteresse“ durchsetzen. Dieses von Rechtsextremen angerufene „Volk“ selbst hat in vielen Fragen unterschiedliche Interessen, ist keinesfalls so einheitlich, wie die völkische Ideologie es vorgaukelt. Der Ruf nach einem homogenen Volk und einer starken Autorität, die alles richtet, weist auf einen Widerspruch dieser Gesellschaft hin.

Demokratie ist einerseits dem eigenen Verständnis dieser Gesellschaft nach nicht Mehrheitsdiktatur, sondern eine „republikanische Staatsform“, die nicht von einer „Einheit ausgeht], sondern von einer unaufhebbaren Vielfalt“ (Beck 1996: 77). Zu einer „dialogischen Demokratie“ gehört die „Anerkennung der Authentizität des anderen“ und die „Bereitschaft, dessen Ansichten und Ideen in einem wechselseitigen Prozeß anzuhören und zu diskutieren“ (Giddens 1994: 193). Der Anspruch unserer demokratischen Gesellschaft ist es, nicht nur formale Aspekte der Demokratie zu sichern, sondern die Anerkennung des Anderen und seiner Interessen in einem demokratischen Aushandlungsprozess zu sichern. Die Freiheit des Anderen ist die Voraussetzung für die eigene Freiheit. Diese „deliberative Demokratie“ wird geschützt durch die im Grundgesetz garantierten demokratischen Rechte: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit. Der Schutz des Einzelnen vor der Mehrheit ist essenziell für diese Demokratie und ebenso wichtig wie freie und gleiche Wahlen. So weit das Ideal. Dieses gerät jedoch immer wieder in Konflikt mit der Realität.

Das letzte Jahrzehnt war durch eine doppelte Bewegung gekennzeichnet. Einerseits wurde die Gesellschaft liberalisiert, indem die Rechte vieler Menschen – Kinder, Frauen, Schwuler, Lesben etc. – gestärkt worden sind. Auf der anderen Seite sind aber ebenso wesentliche Grund- und Schutzrechte im Zeichen einer ökonomischen Liberalisierung eingeschränkt worden. Die sogenannten Arbeitsmarktreformen machten zum Beispiel aus Menschen, die ein Anrecht auf Solidarität haben, „Kunden“. Dass diese „Kunden“ aber keinesfalls „Könige“ sind, sondern, im Gegenteil, teilweise sogar ihrer bürgerlichen Rechte verlustig gehen, das spüren nicht nur diese selbst auf den Fluren der Arbeitsagentur. Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist nicht allein eine vor ökonomischer Prekarität, sondern auch eine vor der Hilflosigkeit gegenüber übermächtigen gesellschaftlichen Instanzen. Durch den Staat wird hier das fragile Gleichgewicht des Interessenausgleichs zuungunsten der Schwächeren verschoben. Wie weit diese (ökonomische) Liberalisierung etwa das politische Engagement in den Betrieben bedroht, wenn bei Widerspruch gegen den Vorgesetzten nicht nur die Kündigung, sondern auch die soziale Deklassierung droht, ist bisher noch nicht ausreichend in den Blick genommen worden.

Berücksichtigt man, dass Entscheidungswege im Zuge der ökonomischen Krisen seit den 2010er Jahren immer mehr aus den Parlamenten in die Verwaltungen oder Exekutiven verlagert wurden, muss man von einer neuen Form autoritärer Staatlichkeit sprechen. Beides hat die Parlamente geschwächt und droht die repräsentative Demokratie zu delegitimieren (Crouch 2008). Die Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft, einerseits die Freiheit und Gleichheit der Einzelnen zum Maßstab zu erheben, aber andererseits in wesentlichen Lebensbereichen die Konkurrenz zu brauchen, macht sowohl das Vertrauen in die politischen Institutionen wie auch die Glaubwürdigkeit der Medien zu einem fragilen Gebilde.

Es ist gut, dass der Presse und den Medien immer noch von vielen Menschen Glaubwürdigkeit zugestanden wird. Dass es aber weite Teile der Bevölkerung gibt, die sich von ihr ebenso wie von der Demokratie abgewendet haben, muss ernst genommen werden. Es zeigt nicht nur ein Repräsentationsproblem in der Gesellschaft an, sondern auch die Probleme, die in den letzten Jahren aus der einseitigen Lösung ökonomischer Krisen erwachsen sind.

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1:	Soziodemografische Merkmale in der Echokammer	35
Tabelle 2:	Politische Einstellung in der Echokammer	36
Tabelle 3:	Parteianhänger in der Echokammer	37
Tabelle 4:	Vertrauen in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen	38
Tabelle 5:	Öffentliches Vertrauen/Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen	40
Abbildung 1:	Mediennutzung in Deutschland in %	17
Abbildung 2:	Mediennutzung und formaler Bildungsgrad in %	18
Abbildung 3:	Mediennutzung in den Altersgruppen in %	19
Abbildung 4:	Mediennutzung und Geschlecht in %	20
Abbildung 5:	Mediennutzung in den Einkommensgruppen in %	20
Abbildung 6:	Glaubwürdigkeit der Medien/West in %	21
Abbildung 7:	Glaubwürdigkeit der Medien/Ost in %	22
Abbildung 8:	Glaubwürdigkeit der Medien bei Arbeitslosen in %	23
Abbildung 9:	Glaubwürdigkeit der Medien bei Berufstätigen in %.....	23
Abbildung 10:	Subjektive Deprivationserfahrung und Glaubwürdigkeit der Medien in %.....	24
Abbildung 11:	Parteipräferenz und Glaubwürdigkeit der Medien in %.....	25
Abbildung 12:	Abwertung und Glaubwürdigkeit der Medien in %	26
Abbildung 13:	Mediennutzung und Glaubwürdigkeit der Medien in %	27
Abbildung 14:	Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	30
Abbildung 15:	Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit der Tageszeitungen	31
Abbildung 16:	Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit des privaten Rundfunks	32
Abbildung 17:	Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit des Internets	32
Abbildung 18:	Einflussfaktoren auf die wahrgenommene Glaubwürdigkeit der Boulevardpresse	33
Abbildung 19:	Zufriedenheit mit der Demokratie und Glaubwürdigkeit der Medien in %	39
Abbildung 20:	Politische Milieus in Deutschland 2016	42

Abbildung 21: Genutzte Medien in den politischen Milieus in %.....	44
Abbildung 22: Glaubwürdigkeit der Medien im modernen Milieu in %.....	45
Abbildung 23: Glaubwürdigkeit der Medien im konformen Milieu in %.....	45
Abbildung 24: Glaubwürdigkeit der Medien im ressentimentgeladenen Milieu in %.....	46
Abbildung 25: Glaubwürdigkeit der Medien im latent-antisemitischen Milieu in %	47
Abbildung 26: Glaubwürdigkeit der Medien im ethnozentrisch-autoritären Milieu in %.....	48
Abbildung 27: Glaubwürdigkeit der Medien im rebellisch-autoritären Milieu in %	48

Literatur

- Arlt, H.-J./Storz, W. (2016): Journalist oder Animator – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte. OBS Arbeitspapier 22, Frankfurt/M.: Otto Brenner Stiftung.
- Beck, U. (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne, in: Beck, U./Giddens, A./Lash, S. (Hg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse (S. 19-112). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Becker, J./Stadelmaier, M. (2013): Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen: das Beispiel Rheinland-Pfalz, in: Efler, M./Mörschel, T. (Hg.): Direkte Demokratie auf Bundesebene. Ausgestaltung direktdemokratischer Verfahren im deutschen Regierungssystem (S. 203-213), Baden-Baden: Nomos.
- Bentele, G. N. (1998): Vertrauen/Glaubwürdigkeit, in: Jarren, O./Sarcinelli, U./Saxer, U. (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil, S. 305-311, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brecht, B. (1931/32): Der Dreigroschenprozeß. In: Müller, K.-D./Hecht, W./Knopf, J./Mittenzwei, W. (Hg.). Große Berliner und Frankfurter Ausgabe Bd. 21, S. 448-514, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2016): „Lügenpresse, halt die Fresse!“ – Die Berichterstattung der Medien und ihre Wahrnehmung durch Rechtsextremisten und Bevölkerung. Online unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/schlaglicht/schlaglicht-2016-02-luegenpresse>, abgerufen am 31.07.2017.
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Daphi, P./Rucht, D./Stuppert, W./Teune, S./Peter, U. (2014): Occupy Frieden. Eine Befragung der Teilnehmer/innen der ‚Mahnwachen für den Frieden‘, ipb working paper. Online unter: <https://depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/5260/3/occupy-frieden.pdf>, abgerufen am 31.07.2017.
- Decker, O./Brähler, E. (2016): Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016, in: Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (Hg.): Die enthemmte Mitte – autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, S. 95-135, Gießen: Psychosozial.
- Decker, O./Kiess, J./Eggers, E./Brähler, E. (2016): Die „Mitte“-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016, S. 22-36, Gießen: Psychosozial.
- Decker, O./Rothe, K./Weißmann, M./Kiess, J./Brähler, E. (2013): Economic Prosperity as „Narcissistic Filling“: A Missing Link Between Political Attitudes and Right-Wing Authoritarianism, in: Journal of Conflict and Violence 7, S. 135-149.
- Der Tagesspiegel (2016): Analyse von Langzeitdaten. Eine vergebliche Suche nach der Lügenpresse. Online unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/analyse-von-langzeitdaten-eine-vergebliche-suche-nach-der-luegenpresse/12870672.html>, abgerufen am 31.07.2017.
- Deutsch, M. (1960): Trust, Trustworthiness, and the F Scale, in: The Journal of Abnormal and Social Psychology 61, S. 138-140.
- EJO (2017): Medienvertrauen so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr. European Journalism Observatory. Online unter: <http://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/medienvertrauen-so-hoch-wie-seit-15-jahren-nicht-mehr>, abgerufen am 31.07.2017.

- Fritsche, I./Moya, M./Bukowski, M./Jugert, P./Lemus, S. D./Decker, O./Valor-Segura, I./Navarro-Carrillo, G. (2017): The Great Recession and Group-Based Control: Converting Personal Helplessness into Social Class In-Group Trust and Collective Action, in: *Journal of Social Issues* 73, S. 117-137.
- Geiges, L./Marg, S./Walter, F. (2015): *Pegida: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, Bielefeld: transcript.
- Giddens, A. (1990): *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Giddens, A. (1994): *Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft*, in: Beck, U./Giddens, A./Lash, S. (Hg.): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Frankfurt/M.: Suhrkamp (1996).
- Habermas, J. (1990 [1962]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Häusler, A. (2008): *Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten*, in: ders. (Hg.), *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, S. 37-52, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häusler, A. (2016): *Die AfD als rechtspopulistischer Profiteur der Flüchtlingsdebatte*, in: Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (Hg.): *Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*, S. 167-178, Gießen: Psychosozial.
- Kiess, J. (2015): *50 Shades of Brown: Pegida und der Wunsch nach Autorität*, in: *Jahrbuch für öffentliche Sicherheit* 2014/2015, S. 205-219.
- Krüger, U. (2013): *Meinungsmacht: Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten. Eine kritische Netzwerkanalyse*, Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Liske, M./Präkels, M. (2015): *Vorsicht Volk!, oder: Bewegungen im Wahn?*, Berlin: Verbrecher Verlag.
- Luhmann, N. (1989 [1968]): *Vertrauen: ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart: Enke.
- Meedia (2017): *Studie: Vertrauen in die Medien steigt massiv an – das Misstrauen aber ebenso*. Online unter: <http://meedia.de/2017/01/25/studie-vertrauen-in-die-medien-steigt-massiv-an-das-misstrauen-aber-ebenso/>, abgerufen am 31.07.2017.
- Mense, T./Schubert, F./Wiedemann, G. (2016): *Von ‚besorgten Bürgern‘ zu Widerstandskämpfern? Pegida und die Neue Rechte*, in: Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (Hg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: Die Leipziger „Mitte“-Studie*, Gießen: Psychosozial.
- Mudde, C./Kaltwasser, C. R. (2017): *Populism. A Very Short Introduction*, Oxford: University Press.
- Otto, K./Köhler, A./Baars, K. (2016): *„Die Griechen provozieren!“ Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise*, Frankfurt/M.: Otto Brenner Stiftung.
- Priester, K. (2012): *Wesensmerkmale des Populismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62, S. 3-15.
- Seidler, J. D. (2016): *Die Verschwörung der Massenmedien: Eine Kulturgeschichte vom Buchhändler-Komplot bis zur Lügenpresse*, Bielefeld: transcript.
- SZ (2017): *Süddeutsche Zeitung Nr. 100, Dienstag, 2. Mai 2017, S. 2.*
- Teusch, U. (2016): *Lückenpresse. Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kennen*, Frankfurt/M.: Westend.
- Türcke, C. (2002): *Erregte Gesellschaft. Philosophie der Sensation*, München: Beck.
- Türcke, C. (2011): *Konzentrierte Zerstreuung. Zur mikroelektronischen Aufmerksamkeitsdefizit-Kultur*, in: Frank, C./Hermanns, L. M./Löchel, E. (Hg.): *Todestrieb und Wiederholungszwang heute. Jahrbuch der Psychoanalyse. Beiträge zur Theorie, Praxis und Geschichte. 62*, S. 13-30, Stuttgart: Frommann-Holzboog.

Über die Autoren

Elmar Brähler, Prof. Dr. rer. biol. hum. habil., studierte Mathematik und Physik. Nach Promotion und Habilitation in Psychotherapieforschung bzw. Medizinischer Psychologie leitete er von 1994 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand (2013) die Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Seit 2002 zusammen mit Oliver Decker Leiter der Längsschnittuntersuchung *Leipziger „Mitte“-Studien zum Rechtsextremismus in Deutschland*. Letzter Bericht 2016: *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*, Psychosozial-Verlag.

Oliver Decker, PD Dr., Leiter des Forschungsbereichs Sozialer und medizinischer Wandel an der Medizinischen Fakultät und Vorstandssprecher des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig, von 2010 bis 2013 Vertretungsprofessor für Sozial- und Organisationspsychologie an der Universität Siegen, 2012 Honorary Fellow am Birkbeck College der University of London. 2015 Visiting Professor an der School of Visual Arts, New York. Forschungsschwerpunkte im Bereich der Kritischen Theorie und psychoanalytischen Sozialpsychologie, insbesondere zu Transformationsprozessen und Subjektivierung in Gesellschaften der Moderne. Seit 2002 zusammen mit Elmar Brähler Leiter der Längsschnittuntersuchung *Leipziger „Mitte“-Studien zum Rechtsextremismus in Deutschland*. Seit 2005 zusammen mit Christoph Türcke Veranstalter der Tagungsreihe „Kritische Theorie – Psychoanalytische Praxis“.

Johannes Kiess ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen und forscht derzeit im EU-Projekt EURYKA zu politischer Partizipation von Jugendlichen und Ungleichheit sowie in einem SNIS-Projekt zu neuen Arbeitsformen („gig economy“) und ihren Auswirkungen auf die Sozialpartnerschaft. Seine Doktorarbeit schreibt er zum Thema „Framing der Krise durch die deutschen Sozialpartner“. Zudem ist er Mitglied des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus- und Demokratieforschung (KReDo) der Universität Leipzig.

Alexander Yendell, Dr., ist zurzeit PostDoc in der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig und Mitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Zuvor war Yendell wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Religions- und Kirchensoziologie der Universität Leipzig und Mitarbeiter am Institut für Soziologie und im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam. Darüber hinaus war Yendell als Gastwissenschaftler an der McGill University in Montreal und der University of Warwick tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Islamfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Religiosität und Sozialstruktur.

- Nr. 26 Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner und Anne Beier)
- Nr. 24 #MythosTwitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König und Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animator – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland (Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen (David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR (Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland (Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze (Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013 (Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6 Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste (Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux)
- Nr. 5 Wie sozial sind die Piraten? (Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4 Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele (Ulrich Bochum und Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3 Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen (Anton Wundrak)
- Nr. 2 Werkverträge in der Arbeitswelt (Andreas Koch)
- Nr. 1 Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland (Sebastian Bödeker)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC:	HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC:	HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 93***
Michael Haller
Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information
- **OBS-Arbeitsheft 92***
Bernd Gäbler
AfD und Medien
Analyse und Handreichungen
- **OBS-Arbeitsheft 91***
Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.
Die AfD vor der Bundestagswahl 2017
Vom Protest zur parlamentarischen Opposition
- **OBS-Arbeitsheft 90***
Hans-Jürgen Art, Martin Kempe, Sven Osterberg
Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89**
Christina Köhler, Pablo Jost
Tarifkonflikte in den Medien
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88***
Bernd Gäbler
Quatsch oder Aufklärung?
Witz und Politik in heute show und Co.
- **OBS-Arbeitsheft 87***
Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars
„Die Griechen provozieren!“
Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise
- **OBS-Arbeitsheft 86***
Lutz Frühbrodt
Content Marketing
Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen
- **OBS-Arbeitsheft 85***
Sabine Ferenschild, Julia Schniewind
Folgen des Freihandels
Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten
- **OBS-Arbeitsheft 84***
Fritz Wolf
„Wir sind das Publikum!“
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog
- **OBS-Arbeitsheft 83***
Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel, Klaus Dörre
Gewerkschaften im Aufwind?
Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 27

Polarisiert und radikalisiert?

Medienmisstrauen und die Folgen für die Demokratie